

## 20. Sitzung

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 08:30  
Solothurn, Kantonsratssaal

Vorsitz: Susanne Koch Hauser, Die Mitte, Präsidentin

Redaktion: Myriam Ackermann, Parlamentsdienste / Beatrice Steinbrunner, Parlamentsdienste

Anwesend sind 92 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Anna Engeler, Laura Gantenbein, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Jennifer Rohr, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Susan von Sury-Thomas

---

DG 0257/2023

Begrüssung und Mitteilungen der Kantonsratspräsidentin

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Guten Morgen miteinander, liebe Frau Landammann Brigit Wyss, liebe Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, der Parlamentsdienste und der Polizei, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream, sehr geehrte Pressevertreter. Sehr geehrter erster Vizepräsident und zweiter Vizepräsident - das ist Ihr Tag. Die zukünftige zweite Vizepräsidentin kann man noch nicht nennen, aber es ist auch ihr Tag. Wir sind sehr gespannt, wie das ausgehen wird und freuen uns auch auf die Feier heute Abend. Auf der Tribüne möchte ich besonders Alt-Kantonsrat Beat Späti, Herr Obergerichtspräsident Thomas Flückiger und den Gerichtsverwalter Raphael Cupa begrüßen. Ich komme nun zu den Mitteilungen und habe einen Todesfall zu vermelden. Verstorben ist Kurt Spichiger. Er kam am 12. August 1944 zur Welt und ist am 10. Dezember 2023 verstorben. Er war Mitglied der Fraktion FDP.Die Liberalen. Von 1997 bis 2002 war er Mitglied im Kantonsrat und davon war er während acht Jahren in der Geschäftsprüfungskommission. Ab 2001 war er zweiter Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission. Aus gesundheitlichen Gründen ist er schliesslich aus dem Kantonsrat ausgetreten. Ich bitte Sie, sich für eine Gedenkminute zu erheben (*der Rat erhebt sich*). Ich bin nicht sicher, ob der erste Vizepräsident noch etwas zum Programm von heute Abend sagen möchte. Ich sehe, dass er nichts dazu sagen möchte. Demnach lassen wir uns überraschen. Wir fahren nun in der Traktandenliste fort und kommen zu den Wahlgeschäften. Die Wahlzettel werden in einem Aufwisch eingezogen und ausgezählt. Sie können sich bereits mental darauf vorbereiten. Ich werde gleich bekanntgeben, wer sich jeweils zur Wahl gestellt hat.

---

WG 0227/2023

Wahl eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin des Obergerichtes für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Gemäss Beschluss des Gesamtgerichts des Obergerichtes vom 30. Oktober 2023 wurde hierfür Oberrichter Christian Werner nominiert.

WG 0262/2023

Wahl eines Ersatzmitglieds der Gerichtsverwaltungskommission für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ebenfalls gemäss Beschluss des Gesamtgerichts des Obergerichts vom 30. Oktober 2023 wurde als Ersatzmitglied der Gerichtsverwaltungskommission Oberrichterin Barbara Kofmel nominiert.

---

WG 0221/2023

Wahl einer Ersatzrichterin oder eines Ersatzrichters des Obergerichts für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

Es liegt vor:

Antrag der Justizkommission vom 9. November 2023:

Für die Wahl einer Ersatzrichterin oder eines Ersatzrichters des Obergerichts wird folgende Kandidatin vorgeschlagen:

- Zürcher Lee, geb. 5.11.1988, Rechtsanwältin

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Hierzu liegt der Antrag der Justizkommission vom 9. November 2023 vor. Zur Wahl vorgeschlagen wird Lee Zürcher. Weitere Kandidierende standen nicht zur Auswahl oder haben ihre Bewerbung in der Zwischenzeit zurückgezogen. Ich höre ein Rascheln und sehe, dass Sie schon am Vorbereiten sind. Das Einziehen der Wahlzettel werde ich voraussichtlich nach der Gerichtsdebatte ankündigen. Zum Wahlgeschäft wünscht Matthias Borner das Wort. Ich nehme an, dass dies in der Funktion des Fraktionsprechers der SVP-Fraktion geschieht.

*Matthias Borner (SVP).* Im Namen der SVP-Fraktion will ich unseren Unmut kundtun. Seit längerer Zeit hat bei uns in der Fraktion immer die gleiche Diskussion stattgefunden und wir wollen es daher an dieser Stelle platzieren. Die Wahl von Richterinnen und Richtern und auch die Wahlen an die Ersatzgerichte sind sehr wichtige Aufgaben von uns im Parlament. In letzter Zeit hat es sich eingespielt, dass immer Einer-Tickets vorgeschlagen werden. Das zeigt sich auch heute. Auf den Wahlzetteln, die wir jeweils bekommen, ist nur ein Name aufgeführt. Eine Wahl sollte auch eine Auswahl sein. Die Aufgabe der Justizkommission sollte nicht darin bestehen, die Personen bereits einzustellen, sondern es sollte geprüft werden, ob die Bewerber und Bewerberinnen den Anforderungen für die Stelle entsprechen. Zum Teil hat es uns nicht ganz überzeugt, weshalb man gewisse Kandidaten und Kandidatinnen aussortiert hat. Auch wenn die Kandidaten, die uns präsentiert wurden, tadellose Curriculum Vitae haben und für diese Stelle prädestiniert sind, kann man auch einmal jemanden zulassen, der vielleicht keinen tadellosen Curriculum Vitae aufweist und die Wahl der Fraktion und dem Parlament überlassen. Die Art, wie die Wahlen jetzt ablaufen, gleicht einer Show und entspricht nicht einem demokratischen Prozess. Wir wollten das hiermit zum Ausdruck bringen, damit uns seitens der Justizkommission in Zukunft eine Auswahl präsentiert wird.

*Daniel Urech (Grüne).* Wir nehmen die Unmutsbekundung zur Kenntnis. Ich kann sagen, dass uns bewusst ist, dass die Erwartung besteht, in der Regel eine Wahl durchzuführen, die eine Auswahl ist. Die Justizkommission verwendet aber stets einen breiten Fächer von Gründen zur Beurteilung. Das geht von der Bedeutung des Amtes, für das gewählt wird, über das allgemeine Bewerber- und Bewerberinnenfeld, hin zu den einzelnen Qualifikationen der verschiedenen Richter- und Richterinnenkandidaten und natürlich auch in Bezug auf die Effizienz des parlamentarischen Ablaufs. Es gibt nicht nur das Bedürfnis, möglichst viele Kandidierende in den Fraktionen zu begrüssen. Es gibt auch ein Bedürfnis, die Fraktions-sitzungen nicht allzu stark zu belasten. Das sind alles Aspekte, die in die Entscheidungen einfließen - so auch in Bezug auf die Anzahl der Kandidierenden, die wir vorschlagen möchten. Die Entscheidungen treffen wir innerhalb der Justizkommission in aller Regel möglichst einhellig. Wenn man mit den Lösungen, die von der Justizkommission dem Kantonsrat vorgeschlagen werden, nicht einverstanden ist, so möchte ich alle dazu aufrufen, das direkt bei ihren Justizkommissionsmitgliedern anzubringen und sich

auch von ihnen über den Ablauf der entsprechenden Kandidatenauswahlen orientieren zu lassen. In diesem Sinn nehmen wir das zur Kenntnis, aber es ist mir wichtig, hier darauf hinzuweisen, dass wir die Anträge an den Kantonsrat durchaus mit guten Gründen treffen. Hinzu kommt, dass wir durchaus keine entscheidende, sondern tatsächlich nur eine antragstellende Funktion haben. Die Frage, wer schlussendlich im Kantonsrat auf dem Wahlzettel steht, liegt nicht bei der Justizkommission, sondern bei den einzelnen Kandidierenden.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Besten Dank für diese Erläuterungen. Das Wahlgeschäft «WG 0258/2023 Wahl des Präsidiums des Kantonsrats für das Jahr 2024» werde ich später einflechten, damit das Resultat noch vor der Pause vorliegt. Ich hoffe, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Wir fahren nun fort mit dem Traktandum 33.

---

SGB 0220/2023

Voranschlag 2024

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2023, S. 1094)

Eintretensfrage

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Sie sehen, dass der Obergerichtspräsident anwesend ist. Wir flechten daher hier das Kapitel 9 «Gerichte» ein. Sie finden es ab Seite 357. Das laufende Globalbudget «Gerichte» finden Sie ab Seite 363. Wir gehen die Unterlagen entsprechend durch, nachdem der Obergerichtspräsident ein paar Worte an Sie gerichtet hat. Gerne gebe ich das Wort nun an ihn, bevor wir das Buch durcharbeiten.

*Thomas Flückiger.* Ich fasse mich kurz und verweise auf unser Management Summary auf Seite 363 des Voranschlags. Bei den Vorgaben bleibt es wie im Vorjahr. Wir ändern nichts und wir gehen davon aus, dass wir die Vorgaben im 2024 noch besser einhalten können, als dies im letzten Jahr der Fall war. Bei den Finanzen liegen wir im Globalbudget etwas unter dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) und leicht über dem Globalbudgetsaldo, dies aber innerhalb der Teuerung. Daher fällt die Abweichung nicht gross ins Gewicht. Was uns hingegen etwas Sorgen bereitet - das sieht man auf den Seiten 361 und 362 im Voranschlag - ist die Zunahme bei den Finanzgrössen. Dort haben wir einen weiteren Anstieg bei der unentgeltlichen Rechtspflege und bei den amtlichen Verteidigungen, den wir prognostizieren müssen. Es hat damit zu tun, dass die Verfahren immer komplizierter und aufwendiger werden, so auch aufgrund der neuen Gesetzgebung. Das spüren wir an den Gerichten, aber das spüren auch die Anwälte und Anwältinnen. Wir können es aber nicht gross beeinflussen. Beim Personal sind wir ungefähr im Etat. Wir haben eine Stelle mehr. Das hat mit dem Projekt SO!Digital zu tun. Ich erlaube mir noch kurz den Hinweis, dass wir im Moment an den Gerichten in recht bewegten Zeiten leben. Sie merken das selber, denn Sie müssen andauernd neue Personen wählen oder neue Funktionen besetzen. Am Obergericht mit zehn Mitgliedern haben drei Kolleginnen erst im zweiten Halbjahr 2023 neu angefangen. Der Kantonsrat wird Ende Januar noch einmal zwei neue Mitglieder wählen. Wir werden damit ungefähr innerhalb eines Jahres die Hälfte der zehn Mitglieder ausgetauscht haben. Bei den Amtsgerichtspräsidien ist es etwas weniger dramatisch. Aber auch dort haben drei der elf Personen erst in der zweiten Hälfte 2023 ihre Tätigkeit aufgenommen. Das gibt viel frischen Wind, aber es geht natürlich auch einiges an Erfahrung verloren. Wir werden sehen, ob sich das irgendwie auswirken wird. Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere Aufgaben auch mit den neuen Personen im Rahmen der Vorgaben erfüllen können.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Besten Dank für diese Ausführungen. Wir kommen damit zu den Finanzgrössen auf Seite 361. Gibt es dazu Bemerkungen oder Wortmeldungen? Den Voranschlag des laufenden Globalbudgets «Gerichte» finden Sie auf Seite 363. Gibt es dazu irgendwelche Bemerkungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Demnach ist das Kapitel 9 abgearbeitet und wir entlassen die Vertreter des Gerichts. Wir fahren nun mit dem Departement für Bildung und Kultur (DBK) fort. Es beginnt auf Seite 167 und umfasst die Finanzgrössen und folgende Globalbudgets: Führungsunterstützung Departement für Bildung und Kultur, Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen, Mittelschulbildung, Berufsschulbildung sowie Kultur und Sport. Letzteres hat ein neues Globalbudget unter Traktandum 18. In Bezug auf die Finanzgrössen auf Seite 171 scheinen keine Bemerkungen oder Wort-

meldungen verlangt zu sein. Ich verweise aber hier noch auf die beantragten Anpassungen bei der Volksschule und bei der Musikschule auf Seite 171, die gemäss dem Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 eingeflossen sind. Der Regierungsrat hat dem am 5. Dezember 2023 zugestimmt und es ist folglich unbestritten. Wir kommen im Voranschlag zum laufenden Globalbudget «Führungsunterstützung DBK» auf Seite 175. Dazu scheint es keine Wortmeldungen zu geben. Wir kommen damit zum Globalbudget «Volksschule» auf Seite 178. Hier gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen. Weiter geht es mit dem laufenden Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» auf Seite 187. Das scheint ebenfalls unbestritten zu sein. Weiter geht es mit dem Globalbudget «Mittelschulbildung» auf Seite 193. Hierzu gibt es auch keine Wortmeldungen. Das laufende Globalbudget «Berufsschulbildung» folgt dann auf Seite 198. Das ist ebenfalls unbestritten. Damit kommen wir nun zum Traktandum 18.

---

SGB 0213/2023

Globalbudget «Kultur und Sport» für die Jahre 2024 bis 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn (Kantonsverfassung; KV) vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1591), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
  - 1.1 Produktgruppe 1: Kulturförderung und Kulturpflege
    - 1.1.1 Kulturelle Vielfalt im ganzen Kanton fördern
    - 1.1.2 Kulturpflegerische Partnerschaften sorgsam behandeln und ausbauen
    - 1.1.3 Institution Schloss Waldegg erhalten und als kantonales Zentrum für Kultur und Begegnung fördern
  - 1.2 Produktgruppe 2: Sport
    - 1.2.1 Förderung des Breitensports, insbesondere von Jugend und Sport
2. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 28'935'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) vom 25. Oktober 2004 angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Änderungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 8. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Ziffer 2. soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 28'500'000 Franken beschlossen.

c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats inkl. Änderungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission.

d) Zustimmung des Regierungsrats vom 28. November 2023 zum Änderungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission.

e) Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP vom 8. Dezember 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 28'935'000 Franken beschlossen.

## Eintretensfrage

*Silvia Fröhlicher (SP)*, Sprecherin der Bildungs- und Kulturkommission. Das vorliegende Globalbudget hat in der Kommission Anlass zu umfassenden und auch kontroversen Diskussionen gegeben. Der beantragte Verpflichtungskredit liegt nämlich 3 Millionen Franken über demjenigen der laufenden Globalbudgetperiode respektive es sind 2,7 Millionen Franken, wenn man die Teuerungszulage einbezieht. Diese Erhöhung beim Aufwand hat folgende Gründe: Der Kantonsrat hat im Dezember 2022 für den Investitionsbeitrag an das Kloster Mariastein einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 2,375 Millionen Franken bewilligt. Gemäss diesem Beschluss sind die jährlichen Anteile des Verpflichtungskredits sowie die Abschreibungen vom Investitionsbeitrag in den jeweiligen Voranschlag aufzunehmen, das heisst, je 1,5 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2026 plus 875'000 Franken für das Jahr 2027. Zudem führen der veränderte Leistungsauftrag sowie hinzukommende Aufgaben zu personellen Mehraufwänden. Es werden deshalb auch zusätzliche personelle Ressourcen benötigt, um die anstehenden Aufgaben in den Bereichen Kultur und Sport zu bewältigen. Dazu gehören die Umsetzung von Massnahmen zur Förderung der kulturellen Vielfalt sowie zum Erhalt und zur Vermittlung von Kunst im Eigentum des Kantons. Ebenso gehören die Erarbeitung eines Sportleitbilds und der Bereich Jugend und Sport (J+S) dazu, wobei dort mit einem Zuwachs von Kindern und Jugendlichen zu rechnen ist. Schliesslich kommt wie überall die digitale Transformation dazu, die ebenfalls höhere Aufwände für das Personal zur Folge haben wird. Die Amtsleitung hat in der Kommission betont, dass die Leistungen, die vom Amt für Kultur und Sport erwartet werden, nur erbracht werden können, wenn die einzelnen Pensen entlastet sprich erhöht werden. Hinzu kommt durch den Abbau der Sockelbeiträge in der Höhe von 0,8 Millionen Franken ein Minderertrag aus dem Swisslos-Fonds. In der Kommission wurde ausgeführt, dass es sich bei den geplanten Erhöhungen im Personalbereich um ein Minimum handelt. Man hat bisher immer versucht, transparent und angemessen zu budgetieren. Jetzt aber stösst das Amt an seine personellen Grenzen. Der ursprünglich geplante Beitrag von 400'000 Franken an das Theater Orchester Biel Solothurn (TOBS) wurde gestrichen, um damit ebenfalls die Sparanstrengungen des Kantons zu unterstützen. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass mit Blick auf den gesamten Voranschlag und auf das budgetierte Defizit für das Jahr 2024 keine zusätzlichen Ausgaben genehmigt werden können und dass der Verpflichtungskredit entsprechend auf 25'916'000 Franken reduziert werden soll. Dieser Antrag wurde jedoch von der Mehrheit der Kommission abgelehnt, weil die Erhöhung des Aufwands teilweise durch den Kantonsrat selber herbeigeführt wurde und die Kommission an diesem gefassten Beschluss festhalten will. Von Seiten des Regierungsrats wurde diesbezüglich bestätigt, dass der Investitionsbeitrag an das Kloster Mariastein nur dann überwiesen wird, wenn der Kantonsrat das Geld im Rahmen des Budgets spricht. Wenn man das Globalbudget also auf dem Stand des alten Globalbudgets belassen würde, so hätte das zur Folge, dass der Mariastein-Kredit schliesslich doch nicht genehmigt wird. Die Gelder würden nicht ausbezahlt werden. Auch die Mehraufwände im Bereich Jugend und Sport aufgrund der herabgesetzten Altersgrenze wurden honoriert. Andererseits war man in der Kommission durchaus der Meinung, dass zusätzliche Aufwände kritisch überprüft und wenn immer möglich, vermieden werden müssen. Aus diesem Grund wurde ein weiterer Antrag gestellt, den Verpflichtungskredit auf 28'500'000 Franken festzusetzen. Das entspricht einer Reduktion von 435'000 Franken, verteilt auf drei Jahre. Man war sich in der Kommission nicht einig, ob es tatsächlich zusätzliche Ressourcen für das Sportleitbild oder für die Umsetzung der digitalen Transformation braucht oder ob die zeitlich begrenzten Mehraufwände durch das bestehende Personal geleistet werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde etwas provokativ ein Vergleich mit der Privatwirtschaft gezogen, wo für zusätzliche strategische Aufgaben auch keine zusätzlichen personellen Ressourcen geschaffen werden können. Dem stand aber die Befürchtung gegenüber, dass Mitarbeitende, die jetzt schon unter einem sehr grossen Druck stehen, aufgrund der Arbeitslast ausfallen könnten. Das kann sicher nicht das Ziel sein. Schliesslich wurde darauf hingewiesen, dass es im Bereich Sport in den vergangenen Jahren nie eine Steigerung gab. Man möchte nun etwas mehr machen, was auch dem Willen des Kantonsrats - oder zumindest einem Teil des Kantonsrats - entspricht. In der Schlussabstimmung unterstützte eine Mehrheit der Kommission den Verpflichtungskredit von 28'500'000 Franken, und zwar mit 7:2 Stimmen bei fünf Enthaltungen.

*Beat Künzli (SVP)*. Dass die Fraktion SP/Junge SP den Antrag auf Erhöhung des Globalbudgets «Kultur und Sport» einreicht, war zwar zu erwarten, ist aber aus unserer Sicht hier völlig fehl am Platz. Wir fragen uns tatsächlich, ob die staats- und finanzpolitische Verantwortung in dieser Partei mittlerweile schon fast ganz abhandengekommen ist. Bei einem fast rekordverdächtigen prognostizierten Defizit ist die Fraktion SP/Junge SP offenbar nicht bereit, kleinste Abstriche zu machen. Das, obschon eine klare Mehrheit in der Kommission - wir haben das soeben von der Sprecherin gehört - wie auch der Regierungsrat der Meinung sind, dass dieser kleine Schritt von 435'000 Franken zurück auf ein Budget von

28,5 Millionen Franken absolut vertretbar ist. Der Antrag der SVP-Fraktion in der Kommission ist deutlich weiter gegangen als der jetzt vorliegende Kompromiss. Es geht nicht einmal um einen Kürzungsantrag. Der Globalbudgetsaldo erhöht sich selbst mit der Zustimmung zum Antrag der Bildungs- und Kulturkommission um satte 2,6 Millionen Franken gegenüber der letzten Globalbudgetperiode. Ich appelliere daher an alle anderen Fraktionen, hier Vernunft walten zu lassen. Vor nicht langer Zeit hat eine Mehrheit hier im Saal den Investitionsbeitrag für das Kloster Mariastein bewilligt. Jetzt reiben sich viele hier im Rat die Augen, wenn die Kosten plötzlich im Globalbudget sichtbar werden. Es ist für uns hier im Rat ganz einfach, den Plus-Knopf vor uns zu drücken, ohne dass man sich bewusst ist, welche Auswirkungen das letztendlich im Budget hat. Die SVP-Fraktion macht das bei einem solch desaströsen Budget, wie es momentan vorliegt, nicht mehr mit. Die Mehrkosten müssen aus unserer Sicht zwingend immer an einem anderen Ort kompensiert werden. Das ist hier, wie in vielen anderen Budgets, leider nicht der Fall. Wir stimmen dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission in der Gegenüberstellung zu, werden aber das Globalbudget «Kultur und Sport» am Schluss ablehnen, da für uns die Erhöhung eines Budgets in so angespannten Zeiten nicht verantwortbar ist.

*Daniel Nützi (Die Mitte).* Das Amt für Kultur und Sport hat die Aufgabe, der breiten Bevölkerung den Zugang zu Kultur und Sport zu ermöglichen. In der vorliegenden Globalbudgetvorlage wird die strategische Ausrichtung des kantonalen Kultur- und Sportengagements dargelegt. Der Vergleich mit der vergangenen Globalbudgetperiode zeigt, dass die künftige Globalbudgetperiode einen rund 3 Millionen Franken höheren Verpflichtungskredit vorsehen würde. Dabei gilt aber klar festzuhalten - das hat die Kommissionssprecherin erwähnt - dass der grössere Teil der Mehrkosten auf Beschlüsse des Kantonsrats gründen. Wir haben gehört, dass es im Jahr 2022 der Investitionsbeitrag an das Kloster Mariastein für die Neugestaltung des Klosterplatzes war. Aufgrund dessen sind jetzt die jährlichen Anteile des Verpflichtungskredits sowie die Abschreibung des Investitionsbeitrags in den jeweiligen Voranschlagskredit des Amtes für Kultur und Sport aufzunehmen. Im Weiteren - das haben wir ebenfalls von der Kommissionssprecherin gehört - fällt gemäss dem Beschluss des Kantonsrats von 2020 der jeweils aus dem Swisslos-Fonds gutgeschriebene Sockelbeitrag weg. Das führt entsprechend zu Mindererträgen. Ein Ziel der neuen Globalbudgetperiode 2024 bis 2026 im Bereich Kultur ist die Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Massnahmen aus dem Kulturleitbild sowie die Initialisierung von längerfristigen Massnahmen. Im Bereich Sport steht die Erarbeitung eines wichtigen Sportleitbilds an. Im Bereich Jugend und Sport geht es um die Umsetzung der Ziele und der Schwerpunkte für die Agenda Jugend und Sport des Bundes. Schliesslich bildet die digitale Transformation einen weiteren Schwerpunkt. Es sind also unterschiedliche Bereiche, die in dieser Globalbudgetperiode bearbeitet werden sollen. Dabei stellt die Erarbeitung eines Sportleitbilds sicherlich einen zentralen Schwerpunkt dar. Mit dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission, den Verpflichtungskredit auf 28,5 Millionen Franken festzulegen, liegt zwar eine Kürzung des ursprünglich beantragten Verpflichtungskredits vor. Es ist aber ein vertretbarer Schritt, der der angespannten kantonalen Finanzlage, aber auch einer angemessenen Auftragerfüllung des Amtes für Kultur und Sport Rechnung trägt. In diesem Sinn wird die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP der Globalbudgetvorlage «Kultur und Sport» für die Jahre 2024 bis 2026 gemäss dem Änderungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission, dem der Regierungsrat zugestimmt hat, mit einem Verpflichtungskredit von 28,5 Millionen Franken grossmehrheitlich zustimmen.

*Rebekka Matter-Linder (Grüne).* Wir von der Grünen Fraktion bedauern sehr, dass im Bereich Kultur und Sport eine verhältnismässig kleine Sparmassnahme durchgeführt wird, die aber grosse Auswirkungen auf die Arbeit des Amtes haben wird. Der Investitionsbeitrag an das Kloster Mariastein hat der Kantonsrat beschlossen und er wird die nächsten drei Jahre das Globalbudget massiv belasten. Viele Ausgaben sind beziffert, da kann nichts eingespart werden. Sparen muss man jetzt wohl bei Projekten, die wichtig und richtig wären, aber zurückgestellt werden müssen sowie beim Personalaufwand. Wir haben schon mehrmals gehört, dass das Amt in Bezug auf die Kapazitäten an seine Grenzen stösst. Sparen müssen zurzeit die Meisten. Die Wichtigkeit vom richtigen Hinschauen, Planen und wenn möglich Sparen stellen wir nicht in Frage. Aber umso wichtiger ist es, insbesondere in Zeiten des Sparens, dass Bereiche wie Kultur und Sport ihr ganzes Potential entfalten können. Das Budget reicht wohl für viele Familien nicht für teure Skiferien oder für eine Mitgliedschaft in einem Fitnesscenter. Umso wichtiger ist es, dass das Angebot von J+S für alle Kinder vollumfänglich offensteht. So können Kinder trotz fehlendem Budget für Skiferien dank dem Angebot von J+S eine Woche im Schnee und auf den Skiern verbringen. Erfreulicherweise gibt es im Bereich J+S eine stetige Zunahme der Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Darüber können wir alle nur froh sein. Das heisst nämlich, dass unsere Kinder und Jugendlichen Sport betreiben, was für die Entwicklung von unseren jungen Menschen sehr wichtig ist und einen grossen präventiven Charakter hat. Sport und Kultur haben eine sehr grosse gesellschaftliche Bedeutung. Werte

wie Toleranz und Fairness werden vermittelt, unterschiedlichste Menschen werden zusammengeführt, ein gesunder Lebensstil wird gefördert, Achtsamkeit und Resilienz werden gestärkt, Integration und Bildung werden unterstützt - kurzum Kultur und Sport stärken unsere Gesellschaft positiv. Hier in diesem Bereich das Globalbudget um 435'000 Franken zu verringern, ist Sparen am falschen Ort. Für eine gesunde und nachhaltige Entwicklung von unserer Gesellschaft muss die wichtige, nachhaltige Arbeit im Kultur- und Sportbereich ausgebaut werden, gerade in so angespannten Zeiten. Lassen Sie uns daher kein Eigentor schiessen. Wir danken der Fraktion SP/Junge SP für den Änderungsantrag und werden ihn einstimmig unterstützen.

*Mathias Stricker (SP).* Unsere Fraktion findet, dass das Globalbudget «Kultur und Sport» ursprünglich zielführend und sorgfältig eingestellt wurde. Zielführend, so dass der entsprechende Stellenwert für Kultur und Sport in unserem Kanton gewährleistet und weiterentwickelt werden kann. Fakt ist, dass zusätzliche Leistungen von uns bestellt wurden - über das Kloster Mariastein bis zur Erarbeitung eines Sportleitbilds. Das wurde alles bereits ausführlich erwähnt. Von der Amtsleitung haben wir in der Bildungs- und Kulturkommission und vom Leiter der Sportfachstelle haben wir in der Parlamentarischen Gruppe Sport erfahren, dass die Ressourcen für das Verwalten, aber nicht für das Entwickeln reichen. Das heisst, dass alle die Begehrlichkeiten - das Sportleitbild, die Sportkonzepte, Amt für Sport - die seitens der Auftraggebenden, so auch von den Mitgliedern der Parlamentarischen Gruppe Sport eingebracht wurden, geleistet und finanziert werden müssen. Ich finde es übrigens sehr irritierend, dass der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Sport die Mitglieder nicht offiziell und vorgängig über seine Haltung zu diesem Geschäft informiert hat, wie das am letzten Treffen in der Gruppe andiskutiert wurde. Keine Kommunikation ist auch eine Kommunikation. Wer A sagt, der muss auch B sagen. Es betrifft ein Amt, das nach allgemeiner Einschätzung seit langem mit knappen Ressourcen sparsam und sorgfältig unterwegs ist. Gerade die Mitarbeitenden, die den Karren jahrelang am Ziehen sind, zusätzlich zu belasten, scheint mir weder wertschätzend noch zukunftsorientiert zu sein, wenn ich an mögliche zunehmende Ausfälle denke, weil die Belastungsgrenze überschritten wird. Hinzu kommen einerseits Mehraufwände für den Bereich Jugend und Sport und andererseits auch Mindererträge aus dem Swisslos-Fonds. Darauf gehe ich nicht weiter ein, denn es wurde bereits erwähnt. Jugend und Sport ist eine Erfolgsgeschichte. Die Sportagenda des Bundes sieht eine Erweiterung des Angebots vor, das Alter der Kinder sinkt und die Anzahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen steigt. Auch die Demografie nimmt zu. Es gibt also mehr Kinder und Jugendliche im System. Das heisst, dass es auch mehr Aus- und Weiterbildung bei den J+S-Leiterinnen und J+S-Leitern braucht. Wenn es uns gelingt, mehr Kinder und Jugendliche in die Jugend und Sport-Aktivitäten zu integrieren, ist das nur ein Gewinn, und zwar ein langfristiger. Ich nenne hierzu die Gesundheitsprävention und die soziale Integration in die Gesellschaft. Weiter fördert es die Bildung. Die Schweiz ist im Bereich von Jugend und Sport unglaublich stark. Lassen wir also den Kanton Solothurn den wichtigen Beitrag dazu leisten, so wie er das auch für die Förderung der Kultur im Kulturkanton Solothurn leisten muss. Die Fraktion SP/Junge SP beantragt daher, die Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 um 435'000 Franken auf 28'935'000 Franken zu erhöhen. Das entspricht dem vom Regierungsrat ursprünglich beantragten Betrag. Die bestellten Leistungen zugunsten von Kultur und Sport im Kanton Solothurn sollen sorgfältig und zielführend umgesetzt werden können.

*Manuela Misteli (FDP).* Die Fraktion FDP. Die Liberalen stimmt dem Kürzungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission einstimmig zu. Mit Blick auf den Voranschlag und auf den Cash Loss haben wir diesen Kürzungsantrag von 435'000 Franken in der Bildungs- und Kulturkommission gestellt, denn wir wollen die Ausgaben konsequent in allen Bereichen stabilisieren. Wir sehen nicht, dass für eine temporäre digitale Transformation eine fixe Stellenaufstockung im Amt gemacht werden muss. Die Corona-Abfederungen im Bereich Kultur und die Transformationsprojekte sind bis Ende Jahr abgerechnet und es werden Ressourcen frei. Die kleine Sportfachstelle innerhalb des Amts kann wegen dem bescheidenen Stellenetat primär verwaltend wirken. Das sehen wir auch. Es ist ein kleines Team, das mit wenig Ressourcen Grosses leistet, insbesondere in den Bereichen Jugend und Sport und im Schulsport. Um ein sportfreundlicher Kanton zu werden, ist Aufholbedarf vorhanden. Das sehen wir. Doch aus unserer Sicht können das Wachstum und der Mehrmittelbedarf für den Sport innerhalb des Amts trotz dieser Kürzung abgedeckt werden. Die Erarbeitung des Sportleitbilds bis Ende 2025 ist trotzdem möglich. Wir hoffen, dass Remo Ankli uns darauf noch eine Antwort geben wird. Erst auf der Grundlage des Sportleitbilds werden die Massnahmen abgeleitet sowie der Fahrplan und der Ressourcenbedarf definiert, so zum Beispiel für die Erarbeitung eines Sportgesetzes, eines Sportfördergesetzes und eines kantonalen Sportanlagenkonzepts, wie das andere Kantone auch kennen. Der Fraktion FDP. Die Liberalen ist es wichtig, dass der Regierungsrat und die Amtsleitung die Fachstelle Sport stärken und innerhalb des

Globalbudgets «Kultur und Sport» die Prioritäten zur Erarbeitung des Sportleitbilds 2025 setzen. Wir danken dem Regierungsrat, der Amtsleitung und allen Mitarbeitenden für die gute Arbeit und für den zielorientierten Einsatz ihrer Ressourcen.

*Nicole Hirt (glp).* Auf der einen Seite liegt uns ein Massnahmenplan vor, das heisst eine Aufforderung zum Sparen. Auf der anderen Seite liegt uns hier eine Aufstockung von Personal vor. Das löst bei uns mehr als gemischte Gefühle und auch etwas Unverständnis aus. Die Aufstockung wird mit sechs Massnahmen begründet. Diverse Vorredner und Vorrednerinnen haben das bereits ausgeführt. Die digitale Transformation wird mit 0,2 Stellen veranschlagt. Es ist unbestritten, dass das vorderhand mehr Ressourcen braucht. Die Möglichkeit, temporär Mehrarbeit zu leisten - das wurde bereits erwähnt - wie das in der Wirtschaft praktiziert wird, wäre sicher eine Option. Die Ausarbeitung eines Sportleitbilds ist in erster Linie ein Papiertiger und wir fragen uns, ob das Geld nicht besser investiert wäre, wenn es direkt an die Verbände fließen würde. Die Grünliberale Fraktion ist sich der Wichtigkeit und der Bedeutung des Sports bewusst. Das wurde auch schon mehrfach erwähnt. Wenn wir nun dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission folgen, ist das absolut keine rote Karte an den Sport, sondern ein Zeichen dafür, dass alle sparen müssen. Die Begründung, dass man künftig bei den statistischen Messgrössen auf die Erwähnung der Messgrösse «Lotteriefonds» verzichten will, weil das Departement des Innern zuständig ist, mutet etwas seltsam an. Immerhin werden ganz viele Mittel für die Bereiche Kultur und Sport ausbezahlt. Daher wäre es sicher nicht falsch, wenn das weiterhin erwähnt wird. Wie bereits erwähnt, wird die Grünliberale Fraktion dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission einstimmig folgen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel der drei Wahlen einzuziehen, bevor wir zu den Einzelsprechern übergehen.

*Remo Bill (SP).* Wir haben von Mathias Stricker das Votum zum Änderungsantrag der Fraktion gehört. Hier noch meine Bemerkungen zum Globalbudget «Kultur und Sport»: Jost Hammer, der neue Leiter Sport, hat seine Aufgaben und Ziele in der Parlamentarischen Gruppe Sport dargelegt. Es ist heute eher ein J+S-Amt und weniger eine Sportfachstelle, geschweige denn ein Sportkompetenzzentrum für den Kanton Solothurn. Für weitere Aufgaben fehlen die personellen Ressourcen. Im Bereich Sport führen die Erarbeitung des Sportleitbilds sowie die Umsetzung der Ziele und Schwerpunkte für die Jugend und Sport-Agenda des Bundes, die mehr Kinder in das J+S-Programm integrieren will, zu einem Mehraufwand. Die kantonale Sportfachstelle ist aktuell mit 380 Stellenprozenten besetzt. Das reicht knapp, um die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Im Vergleich mit anderen Kantonen sind die Ressourcen klar zu klein bemessen. Der Sport hat im Kanton Solothurn heute kaum einen Stellenwert. Die Masterarbeit «Spitzensport, sportunfreundliche Kantone» von Alessio Pietra aus dem Jahr 2021 an der eidgenössischen Hochschule für Sport in Magglingen hat ergeben, dass sich der Kanton Solothurn auf dem 25. Rang, also auf dem zweitletzten Rang aller Kantone befindet. Wir verfügen weder über ein Sportgesetz noch über ein kantonales Sportanlagenkonzept (KASAK) oder über ein Sportleitbild. Der politische Auftrag, bis 2025 ein Sportleitbild für den Kanton Solothurn zu erarbeiten, ist für den Kanton von Bedeutung. Daraus sollte nicht nur ersichtlich sein, wie die Sportlandschaft des Kantons aktuell aussieht, sondern vielmehr, wohin sich der Sport im Kanton entwickeln sollte. Das Bild des Sports hat sich in der Gesellschaft gewandelt. Nebst der Gesundheitsförderung ist der Sport zu einem Industriezweig geworden. Ich denke zum Beispiel an das Velodrome in Grenchen. Sport ist ein zunehmend bedeutender Wirtschafts- und Marketingfaktor, so auch im Kanton Solothurn. Damit wir im Kanton Solothurn in Sachen Sport weiterkommen, braucht das Amt personelle Ressourcen. Aus den erwähnten Gründen darf das Globalbudget «Kultur und Sport» nicht gekürzt werden.

*Michael Ochsenbein (Die Mitte).* Wir haben ein paar Mal gehört, dass der Sport im Kanton Solothurn ein Mauerblümchen-Dasein fristet. Wir haben eine Parlamentarische Gruppe Sport gegründet. Das wurde ebenfalls einige Male erwähnt. Die Gruppe ist euphorisch gestartet und versucht nun, mit Ihnen zusammen dafür zu sorgen, dass der Sport im Kanton Solothurn einen grösseren Stellenwert erhält. Wir haben auch bereits gehört, dass der Bildungsdirektor gesagt habe, dass die Kürzung in diesem Globalbudget keine Auswirkungen auf den Sport habe. Die Vorsprecherin der Fraktion FDP. Die Liberalen hat diese Frage bereits gestellt und ich möchte sie dem Bildungsdirektor ebenfalls noch einmal explizit weitergeben, bevor wir abstimmen. Welche konkreten Auswirkungen auf den Sport und insbesondere auf das Sportleitbild hat der Kürzungsantrag, der von der Bildungs- und Kulturkommission und vom Regierungsrat gestellt wird?



*Philipp Heri (SP)*. Vorab würde ich Nicole Hirt gerne in der Pause erklären, wie die Verteilung der J+S-Gelder des Bundes organisiert ist. Zum Teil gehen diese Mittel zu den Verbänden, aber der Kanton muss sie auch noch verteilen. Schade, dass wir die Interpellation zum Stellenwert des Sports noch nicht behandeln konnten. Dort wäre unter anderem aufgezeigt worden, dass es dringend nötig ist, im Sport vorwärts zu machen. Die Kürzung, die vorliegt respektive das Budget, das wir jetzt haben, ist kontraproduktiv. Wenn wir hier Kürzungen vornehmen, fallen wir wieder in alte Muster zurück, insbesondere im Sport. Es ist mir wichtig, hier zu erwähnen, dass es mir nicht darum geht, die Kultur gegen den Sport auszuspielen. Aber im Moment ist es wichtig, dass wir im Sport vorwärts kommen. Das Lippenbekenntnis, das gestern in der Parlamentarischen Gruppe Sport genannt wurde, das offenbar in der Fraktion FDP.Die Liberalen durch Remo Ankli gemacht wurde, wurde mir gegenüber auch erwähnt. Ich frage mich allerdings, ob es sich um eine seriöse Budgetierung handelt, wenn man trotz einer Kürzung alles, was man im Sport geplant hat, umsetzen kann. Dazu möchte ich gerne vom Regierungsrat hören, wie das genau umgesetzt werden soll. Vielleicht wäre es in diesem Moment auch ein Zeichen - wir haben eine Vakanz in der Amtsleitung des Amtes für Kultur und Sport - dort eine Co-Leitung zu installieren, damit sich der Stellenwert des Sports auch in der Amtsleitung widerspiegeln würde. All jene, die der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass die Sportfachstelle ihren Auftrag wahrnehmen kann, Sport- und Gesundheitsförderung zu betreiben, insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen in diesem Kanton - das J+S-Alter liegt zwischen fünf und 20 Jahren - sollen doch bitte den Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP unterstützen.

*Michael Kummlı (FDP)*. Ich erinnere bei all diesen Vorbehalten daran - Manuela Misteli hat es gut erläutert - dass die Fraktion FDP.Die Liberalen relativ sportaffin ist. Wir haben uns das sehr gut überlegt. Ich möchte gerne etwas in Erinnerung rufen: Das einzige Geschäft - ich bin nun seit sechs Jahren dabei - dessen Ausgang man im Kantonsrat in einer Session wenden konnte, war eines, das indirekt / direkt mit dem Sport zu tun hat. Es handelt sich dabei um die Geschichte mit den Vereinsbeizli und den Sportvereinen. Wenn man nun nach einem Jahr oder nach zwei Jahren merkt, dass mit dem Budget, das wir verabschieden, ein Problem besteht und wir die übergeordneten Ziele, die hier im Rat anscheinend ganz viele haben - auch diejenigen, die dem Antrag der Fraktion SP/Junge SP nicht zustimmen - nicht erreichen, bin ich überzeugt, wenn man irgendwo in einem Geschäft eine Chance hat um nachzujustieren, dann ist es genau beim Sport. Daher kann ich auch zuversichtlich sagen, dass ich dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zustimmen kann. Ich bin überzeugt, dass der Sport in Zukunft das Gewicht, das er haben muss - dasjenige wie ich es beispielsweise auch habe - bekommen und ausbauen wird. Ich bin der Meinung, dass es nicht nur Bekenntnisse sind, denn es stehen sehr viele starke Personen im Kantonsrat dahinter.

*Remo Ankli (Vorsteher des Departements für Bildung und Kultur)*. Manuela Misteli wollte von mir gerne eine Antwort. Ich habe gar nicht gewusst, wie die Frage lautete, denn es wurde keine Frage formuliert. Aber in Zusammenarbeit mit Michael Ochsenbein ist es mir nun klar. Es war mir schon klar, worauf Manuela Misteli hinaus wollte, das Stichwort lautet Sportleitbild. Ich möchte damit beginnen, dass das Globalbudget «Kultur und Sport», wie alle neuen Globalbudgets einen Beitrag an die Situation, die wir im Kanton in Bezug auf die finanzielle Lage haben, leisten muss. Das Globalbudget «Kultur und Sport» ist kein grosses Globalbudget. Entsprechend ist der Beitrag, den wir leisten, im ganzen Finanzhaushalt klein. Es ist natürlich einer, der in diesem kleinen Budget Auswirkungen hat. Es hat bestimmte Auswirkungen. Ich darf an dieser Stelle erwähnen und festhalten, dass wir sehr seriös und sehr eng budgetiert haben. Innerhalb des Globalbudgets braucht es entsprechende Verschiebungen oder es werden gewisse Sachen nicht gemacht. Das ist in allen Bereichen möglich. Es ist ein Globalbudget, ohne eine Trennung zwischen Kultur und Sport. Die Massnahmen sind in der Kompetenz von uns, innerhalb des gesprochenen Geldes entsprechend Schwerpunkte zu setzen. Ein Schwerpunkt ist das Sportleitbild. Das möchte ich unterstreichen und das war auch die Frage von Michael Ochsenbein und von Manuela Misteli. Das Sportleitbild müssen wir haben, wir wollen es haben und wir werden es entwickeln. Dies soll in einer möglichst kurzen Frist geschehen, denn es soll nicht erst am Ende der Globalbudgetperiode vorliegen. Das Sportleitbild ist kein Papiertiger, wie das Nicole Hirt erwähnt hat. Es ist zwar auf Papier geschrieben, selbstverständlich. Aber ein Sportleitbild ist ein strategisches Papier, das dazu dient, Massnahmen zu entwickeln und einen Bereich, wie beispielsweise den Sport, weiterzubringen. Das Sportleitbild ist die strategische Grundlage. Wir brauchen sie auch wieder für eine neue Globalbudgetperiode. Dann müssen wir über diese Massnahmen sprechen, nämlich ob man sie will oder nicht. Wenn man sie will, dann kosten sie etwas. Aber zuerst braucht es dafür eine strategische Grundlage. Diese Grundlage, nämlich das Sportleitbild, wollen wir entwickeln. Das hat Priorität. Es wird daher vorgezogen und andere Dinge werden zurückgestellt. Das kann im Bereich Kultur gemacht werden, der den grösseren Teil im Global-

budget «Kultur und Sport» ausmacht. Das waren wohl die Frage und die Antwort darauf. Die Kürzung wird bestimmte gewisse Folgen haben. Man hat kleinere Möglichkeiten, Dinge zurückzustellen oder nicht umzusetzen. Aber das Sportleitbild wird umgesetzt. Ich wende mich nun noch schnell an meinen Nachbarn. Gegen den Ausdruck «Lippenbekenntnis» verwahre ich mich. Wenn man nachschaut, was das Synonym für Lippenbekenntnis ist, so ist das eine Doppelzüngigkeit oder schlicht eine Lüge. Gegen das verwahre ich mich ausdrücklich. Wir wollen das Sportleitbild machen. Das habe ich so gesagt und dazu stehe ich. Was eine Co-Leitung anbelangt, kann ich sagen, dass wir selbstverständlich auch solche Massnahmen prüfen. Das ist durchaus eine Option. Ich bin mir aber nicht sicher, ob man das auf die Schnelle machen kann, denn es wäre die erste Co-Leitung, die man im Kanton hätte. Aber es ist durchaus eine Möglichkeit, die wir prüfen können. Es freut mich nicht, wenn ich Ihnen beantragen muss, den gekürzten Beitrag zu unterstützen. Aber wir können das machen und wir können vor allem das Sportleitbild entwickeln. Ich bin überzeugt, dass wir den Sport weiterbringen können.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

#### Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Zur Ziffer 2. hat die Bildungs- und Kulturkommission am 8. November 2023 einen Änderungsantrag gestellt. Dem haben sowohl die Finanzkommission wie auch der Regierungsrat zugestimmt. Es liegt nun aber ein Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP vom 8. Dezember 2023 vor. Über diesen werden wir nun abstimmen.

Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 28'935'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 16]

Für den Antrag der Fraktion SP/Junge SP

32 Stimmen

Dagegen

59 Stimmen

Enthaltungen

1 Stimme

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 17]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

67 Stimmen

Dagegen

19 Stimmen

Enthaltungen

4 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn (Kantonsverfassung; KV) vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1591), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:

1.1 Produktgruppe 1: Kulturförderung und Kulturpflege

1.1.1 Kulturelle Vielfalt im ganzen Kanton fördern

1.1.2 Kulturpflegerische Partnerschaften sorgsam behandeln und ausbauen

- 1.1.3 Institution Schloss Waldegg erhalten und als kantonales Zentrum für Kultur und Begegnung fördern
- 1.2 Produktgruppe 2: Sport
  - 1.2.1 Förderung des Breitensports, insbesondere von Jugend und Sport
- 2. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 28'500'000 Franken beschlossen.
- 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Kultur und Sport» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) vom 25. Oktober 2004 angepasst.
- 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Wir fahren nun mit dem Kapitel Finanzdepartement fort, das auf Seite 209 beginnt. Es umfasst die Finanzgrössen und folgende Globalbudgets: Führungsunterstützung Finanzdepartement und Amtschreibereiaufsicht, Amtschreiberei-Dienstleistungen, Finanzen und Statistik, Personalwesen mit einem Zusatzkredit beim Traktandum 19, Steuerwesen mit einem neuen Globalbudget beim Traktandum 20, Informationstechnologie (inklusive Investitionsrechnung) beim Traktandum 21 und Staatsaufsichtswesen mit einem neuen Globalbudget beim Traktandum 22. Wir gehen das Ganze gemäss der Reihenfolge im Buch einzeln durch. Die Finanzgrössen finden sich auf Seite 213. Ich sehe dazu keine Wortmeldungen. Hier mache ich wiederum den Hinweis auf die beantragte Anpassung bei der Gewinnausschüttung SNB Bundesanteil auf Seite 213 und Staatssteuern natürliche Personen auf Seite 215 gemäss dem Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023. Der Regierungsrat hat dem Antrag am 5. Dezember 2023 zugestimmt und er ist folglich unbestritten. Weiter geht es mit dem laufenden Globalbudget «Führungsunterstützung Finanzdepartement und Amtschreibereiaufsicht» auf Seite 219. Hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Wir fahren fort mit dem laufenden Globalbudget «Amtschreiberei-Dienstleistungen» auf Seite 222. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Auf Seite 226 folgt das laufende Globalbudget «Finanzen und Statistik». Auch hier sehe ich keine Wortmeldungen. Damit kommen wir zum Personalwesen. Es handelt sich dabei um ein laufendes Globalbudget auf Seite 232. Hier muss nun im folgenden Traktandum über einen Zusatzkredit abgestimmt werden.

SGB 0223/2023

Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen»

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 31. Oktober 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 57 und § 59 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 31. Oktober 2023 (RRB Nr. 2023/1785), beschliesst:

- a. Der für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen» bewilligte Verpflichtungskredit von 13'100'000 Franken wird um einen Zusatzkredit von 2'255'000 Franken auf 15'355'000 Franken erhöht.
  - b. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden gemäss beiliegender Tabelle «Mit-Finanzierung HR-Strategie» um die aufgeführten Beträge insgesamt um Franken 125'000 gekürzt.
  - c. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden gemäss Kapitel 2 des beiliegenden Regierungsratsbeschlusses Nr. 2023/901 vom 6. Juni 2023 (Berufliche Grundbildung Kanton Solothurn – Zentralisierung der Ausbildungen in der kaufmännischen Grundbildung) insgesamt um Franken 240'000 gekürzt.
  - d. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 zum Antrag des Regierungsrats. Buchstabe a. soll neu lauten:
    - a. Der für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen» bewilligte Verpflichtungskredit von 13'100'000 Franken wird um einen Zusatzkredit von 1'955'000 Franken auf 15'055'000 Franken erhöht.

Buchstabe b. soll neu lauten:

b. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden im Voranschlag 2024 gemäss beiliegender Tabelle «Mit-Finanzierung HR-Strategie» um die aufgeführten Beträge insgesamt um Franken 125'000 gekürzt.

Buchstabe c. soll neu lauten:

c. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden im Voranschlag 2024 gemäss Kapitel 2 des beiliegenden Regierungsratsbeschlusses Nr. 2023/901 vom 6. Juni 2023 (Berufliche Grundbildung Kanton Solothurn – Zentralisierung der Ausbildungen in der kaufmännischen Grundbildung) insgesamt um Franken 240'000 gekürzt.

c) Zustimmung des Regierungsrats vom 28. November 2023 zum Änderungsantrag der Finanzkommission.

d) Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP vom 8. Dezember 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Buchstabe a. soll lauten:

Der für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen» bewilligte Verpflichtungskredit von 13'100'000 Franken wird um einen Zusatzkredit von 2'380'000 Franken auf 15'480'000 Franken erhöht.

Buchstabe b. soll gestrichen werden.

Eintretensfrage

*Fabian Gloor (Die Mitte)*, Sprecher der Finanzkommission. Der Zusatzkredit zum Globalbudget «Personalwesen» wurde in der Finanzkommission ausführlich behandelt. Das dauerte rund eine Stunde und war damit das Traktandum, das wir in dieser Sitzung fast am längsten besprochen haben. Der Zusatzkredit an sich, das wäre der Buchstabe a. der Vorlage, bildete den kürzesten Teil der Debatte. Es war grösstenteils unbestritten, dass es einen zusätzlichen Finanzbedarf gibt, der sich aus der Umsetzung der HR-Strategie ergibt. Da ist sicher auch das Mengenwachstum relevant, das sich auch aus entsprechenden Übernahmen von gewissen Betrieben ergeben hat. Im Vergleich mit anderen Kantonen ist das Personalamt alles andere als überdotiert. Ausserdem stellt die Digitalisierung im Einklang mit dem Impulsprogramm Herausforderungen an das Personalamt, welche endlich angegangen werden müssen. Schlussendlich will man das Personalamt stärken, vor allem in seiner Rolle als Businesspartner der Linien. Insbesondere in schwierigen Personalsituationen ist das wichtig und es kann helfen, Konflikte zu vermeiden aber auch Kosten einzusparen. Daher ist da sicher ein gewisser Aufbau nötig und das war in der Kommission unbestritten. In der Kommission wurde die aktuelle Situation treffend als HR-Sparstrategie bezeichnet, also der Zustand, den wir jetzt ohne den Zusatzkredit haben. Es gab nur noch geringfügige Differenzen in der Kommission, wie stark der Ausbau erfolgen soll. Eine grosse Mehrheit mit einem Anteil von 10:4 Stimmen erwartet etwas mehr Effizienz. Daher hat sich in der Kommission ein Antrag über 1'955'000 Franken durchgesetzt. Dem hat sich der Regierungsrat angeschlossen. Der Antrag, der nun von der Fraktion SP/Junge SP vorliegt, lag in dieser Form als damaliger Antrag des Regierungsrats vor und ist entsprechend unterlegen. Deutlich mehr zu diskutieren gaben die Buchstaben b. und c. des Beschlussesentwurfs. Das Personalamt wird infolge der HR-Strategie gewisse Aufgaben übernehmen, die heute dezentral in den Departementen erbracht werden. In der Kommission haben sich im Grundsatz alle Mitglieder der Finanzkommission hinter die Devise gestellt, dass Leistungsverchiebungen in irgendeiner Art und Weise auch Verschiebungen bei den Kosten oder in den Budgets bei den involvierten Ämtern zur Folge haben müssen. Allerdings haben sich dann die Geister stark geschieden, wie das genau zu erfolgen hat. Der Regierungsrat hat vorgeschlagen, dass man es in der Weiterentwicklung des Handbuchs der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) regeln kann und dass man dort die Anpassungen an die Hand nehmen will. Eine andere Möglichkeit, die erwähnt wurde, wären interne Verrechnungen. Das würde dann wohl nicht in einem separaten Beschluss so transparent ausgewiesen, wie das jetzt vorliegt. In der Finanzkommission hat sich eine sehr lebhaftete Diskussion rund um das Thema entwickelt. In deren Verlauf wurde unter anderem auch ein Rückweisungsantrag gestellt, der verlangt hat, dass man den ganzen Finanzierungsmechanismus überdenken soll. Dieser Antrag wurde allerdings mit 11:3 Stimmen verworfen. Auf verschiedene Hinweise in der Diskussion seitens der Finanzkontrolle und des Parlamentscontrollers wurde schliesslich der Zusatz «im Voranschlag» entsprechend in den Buchstaben b. und c. einstimmig aufgenommen. Am Schluss wurde die Vorlage mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

*Matthias Borner (SVP).* Wir von der SVP-Fraktion werden diesem Zusatzkredit sicher nicht zustimmen. Wir werden ihn ablehnen. Wir finden das Vorgehen falsch, indem man zuerst nach Geld fragt und dann mit einer Strategie nachkommt. Wenn man von den Problemen liest, die vielfältig sind, scheint es sich um ein kulturelles Problem zu handeln. Das Problem lässt sich wohl nicht lösen, wenn man hier einfach Geld gibt, um auswärtige Fachkräfte einzustellen und sich beraten zu lassen. Weiter entspricht das einer Erhöhung des Globalbudgets in einem Jahr um 50 %. Ich erinnere Sie dann alle daran, wenn wir über die Initiative abstimmen. Das ist auch wieder eine Erhöhung beim Staat im Verhältnis. Schlussendlich heisst das, dass man Personen einstellt. Die Digitalisierung wurde mehrmals angesprochen. Die Rekrutierung des neuen Digitalisierungsteams hat das Team übrigens selber gemacht. Das erfolgte nicht durch die Abteilung Human Resources (HR). Es ist erstaunlich, dass man das bereits dezentral macht. Wir möchte gerne zuerst eine Strategie erhalten, denn dann weiss man, was geplant ist. Man beginnt nicht einfach mit dem Geld. Auch aus einer sehr pragmatischen Sicht ist es fast nicht möglich, diesen Apparat in solch einer kurzen Zeit um 50 % zu erhöhen. Damit überfordert man sich selber. Eine solche Überforderung sagt schon sehr viel aus, wenn man sagt, dass man das so umsetzen könne. Wir haben jedoch Zweifel, ein so grosses Wachstum in einem Jahr anzunehmen.

*Patrick Schlatter (Die Mitte).* Wir haben vom Kommissionssprecher gehört, dass es verschiedene Gründe für diesen Zusatzkredit gibt. Es geht dabei nicht nur um die HR-Strategie, die man einführen möchte, sondern es stellt sich auch das Problem, dass man ein Mengenwachstum gehabt hat. Zum Teil war dies begründet durch die Übernahme von Betrieben. Das führt natürlich zu einem Mehraufwand im Bereich HR. Was uns mehr zu denken gegeben hat, ist nicht alleine das Mengenwachstum von 11 %, sondern es sind vielmehr die Kategorien, die aufgeführt sind. Erwähnt sind mehr Stelleninserate, Lohneinreihungen und Lohnstufungen. Diese sind alle wesentlich höher. Ich spreche nicht von etwas höher, sondern von wesentlich mehr als die 11 %. Daran sieht man, dass anscheinend irgendwo ein Problem vorhanden ist. Mit dem Zusatzkredit gibt man eine Antwort auf diese Probleme und möchte sie lösen. Die Gründe für die nicht lineare Entwicklung der Kategorien, so beispielsweise bei der Fluktuation oder bei den Krankheitsfällen, werden mit gesellschaftlichen Entwicklungen erklärt, zum Teil auch mit Corona. Aber Fakt ist, dass diese Entwicklungen zu wesentlichen und hohen indirekten Kosten führen. Es ist zu hoffen und es wird erwartet, dass mit der HR-Strategie auch eine Senkung dieser Zahlen erreicht werden kann. Gleichzeitig sollte auch eine allgemeine Effizienzsteigerung erzielt werden, beispielsweise bei der Rekrutierung. Trifft das zu, dann wäre diese Strategie natürlich sehr schnell bezahlt. Ein Teil der neu übernommenen Aufgaben haben direkte Kostensenkungen in den Ämtern zur Folge. Es ist daher nichts als logisch, dass man auch die entsprechenden Anpassungen in den Globalbudgets vornimmt, wie das von der Kommission und vom Regierungsrat vorgeschlagen wird. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP stimmt dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats zu und lehnt den Antrag der Fraktion SP/Junge SP ab.

*Daniel Probst (FDP).* Für die Fraktion FDP. Die Liberalen wurde diese Vorlage sauber und seriös vorbereitet. Wir haben sowohl in der Geschäftsprüfungskommission als auch in der Finanzkommission im Sommer eine umfassende Vorinformation erhalten. Normalerweise stimmen wir nicht über eine Strategie ab, aber wir wurden hierzu tatsächlich umfassend informiert. Daher gab es in den Kommissionen nicht irgendwelche Überraschungen. Wir können auch nachvollziehen, dass es mehr Personal braucht, um das immense Stellenwachstum beim Staatspersonal bewältigen zu können. Gegen das nicht nachhaltige Wachstum werden wir heute noch bei der 1:85-Initiative abstimmen. Wir teilen aber auch die Überlegung, dass man mit einem besseren Support bei der Linie unter dem Strich Kosten sparen kann. Wir haben gesehen und gehört, dass es diese Unterstützung braucht, um die Linie zu entlasten. Unter dem Strich resultiert dies dann in weniger Kosten. Den neuen Finanzierungsmechanismus der Businesspartner begrüßen wir explizit. Wir hätten uns sogar vorstellen können, dass die Linie nicht nur die Hälfte, sondern die gesamten Kosten für eine solche Querschnittsfunktion übernimmt. Wie erwähnt, sind wir der Ansicht, dass man damit unter dem Strich Kosten sparen kann. In diesem Sinn unterstützen wir die Präzisierungen in den Beschlussanträgen b. und c. Wir sind auf keinen Fall für eine Streichung, so wie dies auch in der Finanzkommission der Fall war. Es ist nun aber so, dass der Kanton bei einem Defizit von über 100 Millionen Franken sparen muss. Daher haben wir seinerzeit unterstützt, dass man nicht bei den Stellen etwas kompensiert, das heisst, nicht alles so ausbaut, wie das gewünscht ist. Deshalb haben wir den Antrag auch in der Finanzkommission gestellt. Der Regierungsrat hat diesem Antrag zugestimmt. Für uns stimmt das Paket nun so. Wir sind gegen den Antrag der Fraktion SP/Junge SP. Ebenso lehnen wir eine Rückweisung dieses Zusatzkredites ab.

*Jonas Walther (glp).* Ich kann mich ganz kurz fassen. Das Betreuungs- und Mengenwachstum beim Personalamt ist nachweislich und die hohe Arbeitslast ist sicher unbestritten. Wir sehen, dass das Kostenwachstum im nächsten Jahr überdurchschnittlich ist. Dementsprechend folgen wir dem Antrag der Finanzkommission mit den Anpassungen der anderen Zusätze.

*Simon Bürki (SP).* Es gibt neue Anforderungen und Bedürfnisse und diese sind schon seit längerer Zeit bekannt. Die schwierige Auftragsbefreiung wird immer wieder kritisiert, nicht nur im Parlament, sondern auch in der Verwaltung vom Personalamt. Hinzu kommt selbstverständlich die Digitalisierungsstrategie der HR-Prozesse und - das wurde bereits genannt - dass der Kanton eigentlich noch nie eine richtige HR-Strategie gehabt hat respektive es sich um eine HR-Sparstrategie auf relativ tiefem Niveau gehandelt hat. Ein kantonaler Vergleich zeigt, dass das Personalamt zu schmal aufgestellt ist und das ehrlicherweise seit langem. Daher ist diese Vorlage für uns längst überfällig. Einer der grössten Kritikpunkte ist wohl, dass man erst jetzt damit kommt. Die Vorlage selber ist eher ein State of the Art als etwas Revolutionäres. Ob und wie das Ganze zum Fliegen kommt, ist jedoch nicht nur vom Konzept abhängig, sondern auch von ganz vielen anderen Faktoren. So muss wohl in der gesamten Verwaltung, aber vor allem im Personalamt, ein Kulturwandel stattfinden. Heute wird das Personalamt, insbesondere in der Verwaltung, nur als Controllingamt wahrgenommen. Das ist selbstverständlich auch den wenigen Ressourcen geschuldet, über die man verfügt - aber nicht nur. Der Inhalt der Vorlage ist für uns jedoch völlig unbestritten. Das Hauptanliegen liegt, wie Sie unserem Antrag entnehmen können, nicht in der inhaltlichen Ausgestaltung, sondern in der neuen Form der internen Weiterverrechnung. Grundsätzlich ist es gemäss der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) so, dass das Globalbudget bei einer Aufgabenverschiebung mitverschoben wird, sei es ein einmaliger oder dauerhafter Transfer. Bei einem Aufbau der Dienstleistungen eines Querschnittsamts erhöhen sich also die internen Verrechnungen. Zumindest bisher war dies der Fall. Es werden nun hier neue HR-Stellen aufgebaut, um die Dienstleistungen zu verbessern und vor allem um neue strategische Initiativen umzusetzen. Als Stichworte nenne ich Business Partner, strategisches Recruiting, Business Analyst, Organisationsentwicklung. Zudem werden die bestehenden Globalbudgets gekürzt, und zwar mit Geldern, die dort eigentlich gar nicht budgetiert wurden. Das führt per se eigentlich nicht zu Einsparungen. Kritisiert wurden, unter anderem auch vom Parlamentscontroller, die Umsetzung und einige Probleme beziehungsweise die Wirkung. Der Aufwand, das zu kontrollieren und nachzuerfolgen, sei gross. Der Effekt hingegen präsentiert sich eher klein. Daher wurde das auch in Frage gestellt. Weiter wurde daran erinnert, dass für die Querschnittsaufgaben bereits heute die Möglichkeit einer internen Verrechnung besteht. Grundsätzlich sollen keine Gelder über verschiedene Globalbudgets verschoben werden. Von diesem bisherigen Grundprinzip wird hier neu und erstmalig abgewichen. Es ist eine komplette Praxisänderung gegenüber dem Bisherigen. Wenn das Vorgehen in das neue WoV-Handbuch aufgenommen und übertragen wird, so ist es möglich, dass man andere Aufwendungen so verschiebt und weiterverrechnet. Das Vorgehen sorgt aus unserer Ansicht nur für eine vermeintliche Transparenz. Wenn dies aber als Präjudiz für weitere Querschnittsprojekte gilt, dann wird es eher mühsam, unübersichtlicher und bestimmt nicht unbedingt miliztauglicher. Aus diesem Grund beantragen wir, den Zusatzkredit um 125'000 Franken zu erhöhen und wir möchten, so wie bisher, ein ordentliches Budgetieren im Globalbudget «Personalwesen».

*Heinz Flück (Grüne).* Die Grünen können den Bedarf beim Personalwesen nachvollziehen. Die Gründe für den Mehraufwand haben der Kommissionssprecher und verschiedene Vorredner bereits erwähnt. Es ist für uns richtig, dass man das Personalwesen mit einer einheitlichen Strategie weiterentwickelt. Wir können ebenfalls nachvollziehen, dass man nun auch das Lehrlingswesen zentralisiert. Ich selber habe im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit mit verschiedenen grossen Betrieben, die bei der öffentlichen Hand und in der Privatwirtschaft angesiedelt sind, zu tun gehabt. Dabei konnte ich feststellen, dass ein professionalisiertes und zentralisiertes Lehrlingswesen viele Vorteile hat. Es ist zwar ein unüblicher Vorgang, dass man mit dieser Verschiebung und Zentralisierung der Aufgaben jetzt auch die damit verbundenen, in den einzelnen Globalbudgets angesiedelten Kosten entsprechend verschiebt, also kompensiert. Mit der Zusicherung, dass dies nur ausnahmsweise und einmalig gemacht wird, können wir leben. Wir wollen daraus keine Glaubensfrage machen, weil es sachlich begründet ist. Wir stimmen daher dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats zu.

*Peter Hodel (Vorsteher des Finanzdepartements).* Vorab bedanke ich mich ganz herzlich für die grossmehrheitlich positive Aufnahme dieses Zusatzkredits. Es ist mir bewusst, insbesondere in der momentanen Situation, dass man genau hinsieht, wenn das Finanzdepartement mit Zusatzkrediten kommt. Das verstehe ich, denn es geht auch um viel Geld. Auf der anderen Seite haben wir aufgezeigt, wieso wir überhaupt einen Zusatzkredit beantragen. Wie ich den Voten entnehmen konnte, stellt man das fest.

Gerne möchte ich zwei, drei weitere Punkte erwähnen. Einerseits wurde vom Sprecher der SVP-Fraktion gesagt, dass man nicht genau wisse, um was es geht. Ich möchte mich davon distanzieren. Wir haben die HR-Strategie eigens vorgängig in der Finanzkommission präsentiert. Wir haben das Ganze zudem in der Geschäftsprüfungskommission präsentiert. Der Grund bestand darin, dass es zentral ist, dass man nachvollziehen kann, wovon hier die Rede ist. Ich möchte betonen, dass wir nicht aus heiterem Himmel damit kommen. Ich möchte mich dagegen verwehren, denn es wurde viel Arbeit aufgewendet. Die gemachten Aussagen sind daher bestimmt nicht richtig. Ich komme nun zum Grundsätzlichen. Das Modell, das wir wählen, ist tatsächlich keine Revolution. Es war nicht unser Ziel, im Sinne von etwas ganz Neuem eine Personalrevolution zu veranstalten. Wir basieren uns damit auf etwas sehr Bewährtem. Das HR-Businessmodell ist etwas, das man nicht nur in der öffentlichen Verwaltung kennt, sondern auch in der Privatwirtschaft. So gesehen ist das völlig korrekt. Im Sinne der Transparenz haben wir bei diesem Zusatzkredit fünf Stellen für die HR-Businesspartner eingerechnet. Wir führen aber zuerst ein Pilotprojekt durch. Der Grund ist, dass wir so zuerst abklären können, wie viele Stellen es dafür tatsächlich braucht. Wir wollen uns nicht einfach auf fünf Stellen berufen, weil wir fünf Departemente haben. Zusammen mit der Staatskanzlei wären es sogar deren sechs. Wir wollen aber nicht so verfahren, sondern wir wollen das zuerst prüfen und justieren. Sie können versichert sein, dass wir nicht so viele Stellen besetzen werden, wenn das nicht nötig ist. Ich komme nun zum Mengenwachstum. Man stellt es einerseits in Bezug auf die Erhöhung des Personalbestands fest. Ich möchte mich weiter davon distanzieren, das Personalamt als Controlling-Amt zu bezeichnen. Das ist nicht so. Wenn jemand diesen Eindruck hat, möchte ich dieser Person gerne eine Woche lang einen Aufenthalt im Personalamt empfehlen. Dann kann man sehen, was nebst dem Controlling, das viel Arbeit verursacht - der Wunsch, dass alles sauber deklariert wird, kommt vor allem von der Parlamentsseite - noch viele andere Arbeiten anstehen, die weniger angenehm, jedoch auf der anderen Seite positiv sind. Ich denke an die Stellen, die sich mit dem Gesundheitsmanagement etc. befassen. Ich glaube, dass das in der heutigen Zeit auch wichtig ist. Es ist daher nicht korrekt, das Personalamt als Controlling-Amt zu bezeichnen. Ich komme nun zum grössten und wichtigsten Punkt. Ich wiederhole an dieser Stelle noch einmal, dass es darum geht, Transparenz zu schaffen. Es geht dabei um die Dienstleistungen, die auf Wunsch der Departemente und der Ämter, teilweise auch von aussen, wieder zentral verwaltet und bewirtschaftet werden sollen. Man kann dann nicht einfach sagen, dass man in einem Amt das Ganze hinauffährt und in den anderen Departementen nichts passiert. Das geht nicht. Das, was wir hier tun, ist rechtlich abgesichert. Das wurde von der Finanzkontrolle, vom Parlamentscontroller und von unserer Seite immer bestätigt. Der Vorgang ist jedoch neu. Man kann es nicht über die internen Verrechnungen erledigen. Wir machen nicht etwas Neues für die anderen. Wir nehmen Aufgaben zentral zurück und es muss eine Bewegung entstehen. Jedes Mal werde ich anlässlich der Globalbudgetsitzungen gefragt, wo man die Verschiebungen im Kreditorenworkflow sehen kann. Wir können sie nicht sehen, weil man es nicht geregelt hat. Hier wollen wir es im Sinn der Transparenz regeln. Ich kann dazu auch sagen, dass das zuständige WoV-Gremium bereits im November getagt hat. Das Gremium nimmt sich dieser Angelegenheit an. Man kann sich über die Höhe der Beträge unterhalten, denn sie sind zum Teil klein. Das kann ich nachvollziehen. Wenn man eine Umsetzung an den kleinen Beträgen aufhängt, dann machen wir einfach grosse Beträge daraus. Ich glaube aber nicht, dass das im Sinn des Parlaments ist. Es ist besser, wenn wir im Kleinen damit beginnen und alles transparent aufzeigen, anstatt dass wir es gar nicht machen. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats zuzustimmen und den Antrag der Fraktion SP/Junge SP abzulehnen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Wir kommen damit zur Detailberatung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Zu den Buchstaben a., b. und c. hat die Finanzkommission am 22. November 2023 einen Änderungsantrag gestellt. Der Regierungsrat hat diesem Antrag zugestimmt. Es liegt nun weiter der Änderungsantrag der Fraktion SP/Junge SP vom 8. Dezember 2023 vor, der die Buchstaben a. und b. umfasst. Weil dieser Antrag trennbar ist und die Anliegen zu Buchstaben a. und b. unabhängig davon gelten könnten, stimmen wir getrennt über die einzelnen Buchstaben ab. Ich gehe davon aus, dass man damit einverstanden ist. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion SP/Junge SP zum Buchstaben a.

Antrag der Fraktion SP/Junge SP:

Buchstabe a. soll lauten:

Der für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen» bewilligte Verpflichtungskredit von 13'100'000 Franken wird um einen Zusatzkredit von 2'380'000 Franken auf 15'480'000 Franken erhöht.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 18]

Für den Antrag der Fraktion SP/Junge SP zum Buchstaben a.	20 Stimmen
Dagegen	72 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Antrag der Fraktion SP/Junge SP:

Buchstabe b. soll gestrichen werden.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 19]

Für den Antrag der Fraktion SP/Junge SP zum Buchstaben b.	20 Stimmen
Dagegen	70 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Detailberatung

Buchstaben c. und d. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 20]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	70 Stimmen
Dagegen	19 Stimmen
Enthaltungen	3 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 57 und § 59 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 31. Oktober 2023 (RRB Nr. 2023/1785), beschliesst:

- a. Der für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 «Personalwesen» bewilligte Verpflichtungskredit von 13'100'000 Franken wird um einen Zusatzkredit von 1'955'000 Franken auf 15'055'000 Franken erhöht.
- b. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden im Voranschlag 2024 gemäss beiliegender Tabelle «Mit-Finanzierung HR-Strategie» um die aufgeführten Beträge insgesamt um Franken 125'000 gekürzt.
- c. Die mitfinanzierenden Globalbudgets werden im Voranschlag 2024 gemäss Kapitel 2 des beiliegenden Regierungsratsbeschlusses Nr. 2023/901 vom 6. Juni 2023 (Berufliche Grundbildung Kanton Solothurn – Zentralisierung der Ausbildungen in der kaufmännischen Grundbildung) insgesamt um Franken 240'000 gekürzt.
- d. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

WG 0227/2023

Wahl eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin des Obergerichtes für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2023, S. 1115)



*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ich komme nun zum Verlesen der Wahlergebnisse.

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Leer: 4

Absolutes Mehr: 47

Gewählt wird mit 88 Stimmen: Christian Werner

---

WG 0262/2023

Wahl eines Ersatzmitglieds der Gerichtsverwaltungskommission für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2023, S. 1116)

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Leer: 1

Absolutes Mehr: 47

Gewählt wird mit 91 Stimmen: Barbara Kofmel

---

WG 0221/2023

Wahl einer Ersatzrichterin oder eines Ersatzrichters des Obergerichts für den Rest der Amtsperiode 2021-2025

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2023, S. 1116)

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Leer: 18

Absolutes Mehr: 47

Gewählt wird mit 74 Stimmen: Lee Zürcher

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ich gratuliere allen Gewählten herzlich. Ich schlage vor, dass die Stimmzähler nun die Wahlzettel für die Wahl des künftigen Kantonsratspräsidiums einziehen. Sie können sich noch etwas vorbereiten und die Stimmzähler werden sich in einigen Minuten um das Einsammeln kümmern.

SGB 0202/2023

Globalbudget «Steuerwesen» für die Jahre 2024 bis 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1559), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Steuerwesen» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt.
  - 1.1 Produktgruppe 1: Veranlagung
    - 1.1.1 Rechtskonforme Festsetzung der Veranlagungsfaktoren für das Inkasso der Staats-, Gemeinde- und Bundessteuern
    - 1.1.2 Kostengünstige Veranlagungen
  - 1.2 Produktgruppe 2: Inkasso
    - 1.2.1 Rechtskonformer Bezug der Staats- und direkten Bundessteuern
    - 1.2.2 Kostengünstiger Bezug der Steuern
    - 1.2.3 Möglichst geringe Steuerabschreibung infolge Uneinbringlichkeit
  - 1.3 Produktgruppe 3: Übrige Dienstleistungen
    - 1.3.1 Kostengünstige Festlegung der Katasterwerte
2. Für das Globalbudget «Steuerwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 48'704'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Steuerwesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

c) Änderungsantrag der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2023 zum Antrag des Regierungsrats.

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Steuerwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 48'223'000 Franken beschlossen.

Eintretensfrage

*Daniel Probst (FDP)*, Sprecher der Finanzkommission. In der neuen Globalbudgetperiode werden 3,2 neue Vollzeitstellen beim Steuerwesen beantragt. Der Globalbudgetsaldo erhöht sich von 43,3 Millionen Franken auf 48,7 Millionen Franken. Die Anzahl der Steuerpflichtigen wächst stark. Bei den juristischen Personen waren es vor Kurzem noch 13'000 Steuerpflichtige, jetzt sind es 14'000 Steuerpflichtige. Auch bei den natürlichen Personen gab es in den letzten Jahren ein stetiges Wachstum. Das Steuerwesen ist bemüht, das Mengenwachstum über neue digitale Technologien, wie beispielsweise Künstliche Intelligenz, abzufedern. Wir wurden informiert, dass es dazu aber noch eine rechtliche Grundlage braucht. Das Ziel besteht darin, mit dieser neuen Technologie die Quoten der automatischen Veranlagungen von jetzt 6 % auf 20 % verbessern zu können. Die drei neuen zusätzlichen Pensen, die ich vorhin erwähnt habe, sind für den Einheitsbezug geplant. Die Idee ist, dass die Dienstleistung, die der Kanton neu für die mitmachenden Gemeinden erbringt, kostendeckend abgegolten wird. Der Kanton geht dabei in eine Vorleistung, das heisst, dass er zuerst etwas investiert. Die Rechnungsstellung erfolgt dann erst im Jahr 2026. Ein Antrag zum Einfrieren des Globalbudgets auf den Stand der letzten Periode hat die Finanzkommission deutlich abgelehnt. Schlussendlich hat die Finanzkommission dem Beschlussesentwurf des Regierungsrats grossmehrheitlich zugestimmt. Ich erlaube mir,

an dieser Stelle die Haltung der Fraktion FDP.Die Liberalen wiederzugeben. Die Fraktion FDP.Die Liberalen stimmt dem Globalbudget einstimmig zu.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ich bitte die Stimmzähler, nun die Wahlzettel einzuziehen.

*Karin Kälin (SP).* Parallel zur Erfüllung des komplexen Aufgabenfelds im Steuerwesen entwickelt sich das Steueramt im Bereich der Digitalisierung sowie zu Gunsten der Effizienzsteigerung bei den Prozessabläufen in nicht weniger als 25 Projekten weiter. Unter anderem soll mit Künstlicher Intelligenz die Quote der automatischen Veranlagungen ab 2025 um ein Vielfaches erhöht werden. Trotz stetiger Zunahme des Mengengerüsts, sprich sehr viel mehr Steuerpflichtigen, sollen sie damit noch produktiver werden. Die Umsetzung des Einheitssteuerbezugs ist ein wichtiges Projekt und es werden drei zusätzliche Vollzeitstellen von Nöten sein. Der Pilot startet mit den ersten 18 Einwohnergemeinden und 30 Kirchgemeinden. Das sind genau die drei Stellen, die die SVP-Fraktion jetzt wieder kürzen will, obschon der ursprüngliche Auftrag aus den Reihen der SVP-Fraktion gekommen ist. Da den Gemeinden und den Kirchgemeinden für die Dienstleistungen pro Dossier ein Beitrag verrechnet wird, kann man in Zukunft davon ausgehen, dass der Einheitsbezug kostenneutral sein wird. Aber am Anfang benötigt man eine Initialinvestition. Die Fraktion SP/Junge SP befürwortet den Antrag des Regierungsrats einstimmig und genehmigt den Verpflichtungskredit in der Höhe von 48,7 Millionen Franken.

*Jonas Walther (glp).* Das Mengenwachstum hat der Kommissionssprecher bereits angesprochen. Dementsprechend ist auch die Argumentation in der Botschaft für uns nachvollziehbar und transparent. Die drei in der Vorlage genannten Themen, also die Sicherung des Datenschutzes, der Ausbau der E-Services und der Einheitsbezug sind Themen, die aus unserer Sicht hochrelevant sind. Sie sollen teilweise den Mehraufwand auffangen, der durch das Mengenwachstum entsteht. Im Speziellen erwarten wir beim Einheitsbezug eine Art Refinanzierung durch die Einwohnergemeinden und Kirchgemeinden, aber zumindest auch einfachere Prozesse. Wir stimmen dem vorliegenden Beschlussesentwurf einstimmig zu.

*Patrick Schlatter (Die Mitte).* Die Ausgangslage in Bezug auf das Mengenwachstum haben wir gehört. Wir haben erfreut festgestellt, dass das Amt die Bewältigung der Herausforderungen bis jetzt sehr gut wahrgenommen hat. Die Produktivität konnte gesteigert werden. Das ist mit den entsprechenden Zahlen belegt. Zum Teil ist die Steigerung der Produktivität natürlich auch auf Druck des Fachkräftemangels der Not gehorchend. Es konnten nicht alle Pensen besetzt werden. Die Aufgaben mussten aber dennoch erfüllt werden. Die Entwicklung ist auch in der neuen Globalbudgetperiode nicht abgeschlossen. In der Botschaft wurden verschiedene aktuelle Entwicklungsprojekte erläutert. Die Einführung der Künstlichen Intelligenz bei den Veranlagungen von natürlichen Personen ist ein Beispiel. Wir denken, dass nur schon aufgrund des Fachkräftemangels wie auch des allgemeinen Spardrucks kein Weg an einer weiteren Optimierung vorbeiführt. Es wird aufgezeigt, dass mittelfristig Einsparungen möglich sein werden. Vorher sind jedoch Vorleistungen nötig. Wir sind auch erfreut, dass die Notwendigkeit dieser Effizienzsteigerung durch die Verantwortlichen rechtzeitig erkannt und dass gehandelt wurde. Wir nehmen das Steueramt durchaus als dynamisch und aktiv wahr. Das letzte Globalbudget wurde um 4,9 Millionen Franken unterschritten, hauptsächlich weil der Stellenplan infolge des Fachkräftemangels nicht aufgefüllt werden konnte. Im neuen Globalbudget wird gegenüber dem alten Globalbudget ein Betrag beantragt, der um 0,5 Millionen Franken höher ist. Man geht davon aus, dass die Stellen besetzt werden können. Es liegt nun ein Kürzungsantrag der SVP-Fraktion vor, den Betrag auf dem Niveau des alten Globalbudgets zu belassen. In Anbetracht der allgemeinen Budgetsituation und in der Überzeugung, dass die kleine Kürzung von 1 % für das Steueramt verkraftbar ist, wird unsere Fraktion diesem Kürzungsantrag zustimmen.

*Matthias Borner (SVP).* Sie haben unseren Antrag erhalten, mit dem wir das Globalbudget «Steuerwesen» auf dem Betrag von 48,223 Millionen Franken belassen wollen. Wir haben vorhin gehört, dass es neue Aufgaben geben wird und man daher das Globalbudget erhöhen muss - und der von der SVP-Fraktion ist Schuld daran. Vergessen Sie bitte nicht, dass man auch Bestehendes hinterfragen kann. Wenn neue Aufgaben hinzukommen, heisst das nicht immer, dass man mehr Personen einstellt. Es könnte auch sein, dass man innerhalb des Betrages von 48 Millionen Franken gewisse Aufgaben entflechten kann, effizienter wird und dadurch sparen kann. Aufgrund der finanziellen Situation unseres Kantons haben wir daher diesen Antrag gestellt, den Globalbudgetbetrag auf demjenigen des alten Globalbudgets zu belassen und dass man einen Weg findet, dies einzuhalten.

*Peter Hodel (Vorsteher des Finanzdepartements).* Im Namen des Steueramts möchte ich mich ganz herzlich bedanken, dass man die Arbeit schätzt, die das Amt in der letzten Globalbudgetperiode geleistet hat und dies immer im Sinn und Geist von Effizienz und möglichst guten Dienstleistungen macht. Ich möchte mich daher ganz herzlich für die positiven Rückmeldungen bedanken. Ich leite das sehr gerne Thomas Fischer, dem Chef des Steueramts und seinen Leuten weiter. Sie kennen das Ziel und sie kennen ihre Funktion. Es ist eines der Ämter, das sehr direkt mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern respektive Steuerpflichtigen zu tun hat. Das Amt erbringt eine gute Leistung. Über Weihnachten und Neujahr wird das Steueramt ein Refactoring in Bezug auf das Steuerprogramm machen. Das Steueramt geht am 18. Dezember 2023 nicht in die Ferien, vielmehr erfolgt eine Umstellung des IT-Programms. Das ist für alle eine grosse Herausforderung, denn wir wollen am 4. Januar 2024 wieder bereit sein. Es handelt sich dabei um etwas Grosses. Viele Arbeiten dafür wurden nebst dem Tagesgeschäft geleistet. Wir haben das nicht extern vergeben, sondern die Aufgaben wurden intern erledigt. Im Hinblick darauf, was in den nächsten Jahren kommen wird, bitte ich Sie sehr, den Antrag der SVP-Fraktion nicht zu unterstützen. Es handelt sich hier um das Amt, das dafür sorgt, dass das Geld nicht irgendwohin geht, sondern eine sehr hohe Effizienz hat. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats zuzustimmen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

#### Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Antrag der SVP-Fraktion:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Steuerwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 48'223'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 21]

Für den Antrag der SVP-Fraktion

30 Stimmen

Dagegen

54 Stimmen

Enthaltungen

0 Stimmen

#### Detailberatung

Ziffern 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 22]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

68 Stimmen

Dagegen

18 Stimmen

Enthaltungen

0 Stimmen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Wir fahren fort mit dem laufenden Globalbudget «Informationstechnologie» auf Seite 242. Dazu liegt auch eine Mehrjahresplanung vor. Bevor wir diese behandeln, frage ich an, ob es Wortmeldungen zum laufenden Globalbudget gibt? Das scheint nicht der Fall zu sein.

SGB 0201/2023

Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm»; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2024 (Investitionsrechnung)

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1557), beschliesst:

1. Der Rechenschaftsbericht über die Projekte und die Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm» in der Investitionsrechnung werden zur Kenntnis genommen.
2. Für die Kleinprojekte ab 2024 wird in der Investitionsrechnung als Bruttovorgabe ein Verpflichtungskredit von 9,0 Millionen Franken beschlossen.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

*Matthias Borner (SVP)*, Sprecher der Finanzkommission. Die Mehrjahresplanung des Informatikprogramms ab 2024 hat in der Finanzkommission zu wenig Diskussionen geführt. Ich vertrete das Geschäft fast jedes Jahr als Sprecher der Finanzkommission. Auch hier im Rat gab es dazu wenig Diskussionen, was sehr erstaunlich ist. Es handelt sich hierbei um ein zentrales Programm, das sehr wichtige Einflüsse auf weitere Globalbudgets hat. Wenn man sich die Zeitpläne der Projekte näher anschaut, so erkennt man, dass alles sehr eng getaktet ist. Ein sehr grosses Lob ist hier dem Team von Thomas Burki auszusprechen, dass das immer so gut klappt und es nicht zu Diskussionen führt. Die grossen Projekte führe ich hier schnell auf: Einführung von eBauSO, Submission / Einführung Gerichtslösung, Ablösung Spesenworkflow und Refactoring NEST. Sie werden auch wieder von weiteren Globalbudgets gebraucht. Für die Kleinprojekte wird ein Verpflichtungskredit im Umfang von 9 Millionen Franken beantragt. Die Finanzkommission beantragt einstimmig, diesem Mehrjahresprogramm zuzustimmen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte)*, Präsidentin. Es scheinen keine Fraktionsvoten gewünscht zu sein. Auch Einzelsprecher haben sich nicht gemeldet. Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1. und 2.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 23]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs  
Dagegen  
Enthaltungen

76 Stimmen  
2 Stimmen  
0 Stimmen

SGB 0190/2023

Globalbudget «Staatsaufsichtswesen», für die Jahre 2024 bis 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf der Kantonalen Finanzkontrolle vom 11. August 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf der Kantonalen Finanzkontrolle vom 11. August 2023, beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
    - 1.1 Produktgruppe 1: Staatsaufsichtswesen
      - 1.1.1 Sicherstellung einer wirksamen parlamentarischen und verwaltungsinternen Finanzaufsicht
  2. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 3'921'000 Franken beschlossen.
  3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
  4. Die Kantonale Finanzkontrolle wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 zum Beschlussesentwurf der Kantonalen Finanzkontrolle.

Eintretensfrage

*Christian Thalmann (FDP)*, Sprecher der Finanzkommission. Der Name Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» klingt etwas sperrig. Das ist es aber nicht. Es handelt sich dabei um die sogenannte Kantonale Finanzkontrolle. Die Behörde ist autonom. Sie kontrolliert und revidiert den ganzen Kanton. Zudem hat sie noch das Revisionsmandat von verschiedenen Stiftungen und vom grössten Arbeitgeber im Kanton Solothurn, nämlich von der Solothurner Spitäler AG (soH). Die Finanzkommission hat das Globalbudget an der Sitzung vom 22. November 2023 behandelt und einstimmig gutgeheissen. Der Verpflichtungskredit des Globalbudgets liegt bei 3,92 Millionen Franken. Wie Sie feststellen konnten, liegt er leicht höher, nämlich um 240'000 Franken höher gegenüber der laufenden Globalbudgetperiode. Der Grund sind höhere Personalkosten von rund 250'000 Franken. Das sind die Stufenanstiege und die Teuerung über die drei Jahre. Hinzu kommen Mindererträge von externen Dienstleistungen von rund 20'000 Franken. Der Stellenplan liegt unverändert bei 7,8 Pensen. Aktuell sind es so viel. Im Plan 2026 ist es gleich. Man will sich auf IT-Revisionen fokussieren. Das sind teilweise anspruchsvolle Mandate, für die man heute schon partiell externe Dienstleistungen beziehen muss. In der Finanzkommission wurde dieses Globalbudget diskussionslos einstimmig genehmigt.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte)*, Präsidentin. Es scheinen keine Fraktionsvoten oder Einzelvoten gewünscht zu werden. Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 2., 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 24]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	65 Stimmen
Dagegen	17 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Wir fahren nun fort mit dem Kapitel 7, dem Departement des Innern (DDI). Es beginnt auf Seite 249. Es umfasst die Finanzgrössen und folgende Globalbudgets: Führungsunterstützung DDI, Swisslos-Fonds und Oberämter, Gesundheit, Gesellschaft und Soziales, Migration, Justizvollzug und Polizei. Wir beginnen mit der Reihenfolge gemäss unserem Buch. Gibt es zu den Finanzgrössen auf Seite 253 Bemerkungen oder Wortmeldungen? Ich weise hier auf die beantragte Anpassung der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) auf Seite 255 hin, und zwar gemäss dem Antrag der Finanzkommission. Der Regierungsrat hat diesem Antrag am 5. Dezember 2023 zugestimmt und somit ist das unbestritten. Wir kommen nun zum Voranschlag und zum laufenden Globalbudget «Führungsunterstützung DDI, Swisslos-Fonds und Oberämter» auf Seite 265. Ich stelle fest, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt. Damit kommen wir zum Traktandum 23.

SGB 0212/2023

Globalbudget «Gesundheit» für die Jahre 2024 - 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1582), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Gesundheit» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
2. Produktgruppe 1: Gesundheit
  - 2.1 Bereitstellung eines bedarfsgerechten, vernetzten und gut koordinierten stationären Versorgungsangebots
  - 2.2 Zeitnahe und dienstleistungsorientierte Entscheidung von Bewilligungs- und Zulassungsgesuchen
  - 2.3 Wahrnehmung der Aufsicht über bewilligungs- und meldepflichtige Personen und Einrichtungen
  - 2.4 Fristgerechte Prüfung von Spitalrechnungen
  - 2.5 Eindämmen von Infektionskrankheiten
  - 2.6 Förderung Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit, Suchtprävention und Ressourcenstärkung
  - 2.7 Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor gesundheitlicher Gefährdung und Täuschung und Sicherstellung der Hygiene
3. Produktgruppe 2: Leistungsauftrag Notfälle und ausserordentliche Ereignisse
  - 3.1 Sicherstellen der qualitativ hochstehenden notfallmedizinischen Versorgung bei ordentlichen und ausserordentlichen Lagen, rund um die Uhr
  - 3.2 Entlastung der Spitalnotfallstationen von einfacheren Fällen
4. Produktgruppe 3: Leistungsaufträge spezifische medizinische Versorgung und Aus- und Weiterbildung
  - 4.1 Sicherstellen einer qualitativ guten dezentralen ambulanten psychiatrischen Grundversorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
  - 4.2 Sicherstellen eines qualitativ guten Angebots an spezialisierten, stationären Palliative Care Leistungen
  - 4.3 Aus- und Weiterbildungsförderung zur Sicherung der Versorgung
5. Für das Globalbudget «Gesundheit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 140'374'000 Franken beschlossen.

6. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Gesundheit» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
  7. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 10. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 21. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.  
Ziffer 5. soll neu lauten:  
Für das Globalbudget «Gesundheit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 139'695'000 Franken beschlossen.
- d) Zustimmung des Regierungsrats vom 5. Dezember 2023 zum Änderungsantrag der Finanzkommission.

#### Eintretensfrage

*Marlene Fischer (Grüne)*, Sprecherin der Sozial- und Gesundheitskommission. Der Verpflichtungskredit für das neue Globalbudget «Gesundheit» ist mit 140,4 Millionen Franken ca. 2,6 Millionen Franken tiefer als der letzte Verpflichtungskredit. Der Voranschlag 2024 sinkt gegenüber dem Voranschlag 2023 um 1,3 Millionen Franken. Das heisst, dass netto geplante Mehrausgaben durch die Einsparungen mehr als kompensiert werden. Das Globalbudget ist vor allem durch zwei neue Schwerpunkte geprägt. Einerseits ist es die Umsetzung von neuen Bundesaufgaben wie die Pflegeinitiative, andererseits ist es die Stärkung der Grundversorgung. Dieser Schwerpunkt gab in der Sozial- und Gesundheitskommission mehr zu reden. In der Sozial- und Gesundheitskommission wurden einerseits Fragen zu den Mehrkosten von 2,45 Millionen Franken beim Rettungsdienst beantwortet. Sie kommen durch den Ausbau im Thierstein und wegen der generellen Zunahmen von Rettungseinsätzen zustande. Zudem betreibt die Solothurner Spitäler AG (soH) kein Rettungsfahrzeug weniger, wie man an einigen Orten hören konnte. In der Sozial- und Gesundheitskommission wurde nach der Diskussion anerkannt, dass der geplante Ausbau des Notfalldienstes notwendig ist, nicht wirklich billiger organisiert werden kann und einen direkten Nutzen für die Bevölkerung hat. Mehr gab die Aus- und Weiterbildungsförderung von Gesundheitsfachpersonen zu reden, die der Kanton mit der soH quasi als Standortförderung aufgleist. Um im Kanton Solothurn den Bedarf an Ärzten und Ärztinnen sicherzustellen, sollen die Assistenzarztstellen in unterversorgten Fachgebieten von 130 auf 160 ausgebaut werden. Zudem sollen die Unterassistentenstellen auf 30 Stellen ausgebaut werden. Die Ausbildungsstellen für akademisches Pflegepersonal soll auf 10 erhöht werden. Dieser Ausbau wird damit begründet, dass im Kanton Solothurn fertig ausgebildete Ärzte und Ärztinnen fehlen, insbesondere in der Grundversorgung. Dazu gehören die innere Medizin und die Psychiatrie. Da wir kein Universitätskanton sind, der Medizin-Studierende anzieht, ist es besonders wichtig, dass wir ein starker Ausbildungsplatz sind. Deshalb will der Kanton einen Anreiz für die soH schaffen, selber Oberärzte und Oberärztinnen in unterversorgten Fachgebieten hochzuzüchten. Weil die Ausbildung für die soH ein Verlustgeschäft von rund 14 Millionen Franken pro Jahr ist, will der Kanton 15'000 Franken pro Assistenzstelle bezahlen, um die Aus- und Weiterbildung für die soH attraktiver zu machen. Das soll nicht pauschal geschehen, sondern nur für jede Stelle, die besetzt werden kann. Im Vergleich zum Kanton Bern, der 35'000 Franken pro Stelle bezahlt, ist diese Entschädigung aber eher tief. In der Sozial- und Gesundheitskommission wurde weiter beantwortet, dass die 15'000 Franken nicht dazu verwendet werden können, die Löhne der Assistenzärzte und Assistenzärztinnen direkt zu erhöhen, weil sie im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geregelt sind. Zudem sei es rechtlich auch nicht möglich, die soH zur Ausbildung von Assistenzärzten und Assistenzärztinnen zu verpflichten. Für einen Teil der Kommission war nicht klar, wie mit der erläuterten Massnahme konkret etwas gegen den Ärztemangel gemacht wird. Zudem hätten wir die 15 Millionen Franken für diese Massnahme gar nicht. Daher wurde der Antrag gestellt, den Kantonsbeitrag pro Assistenzstelle von 15'000 Franken auf 10'000 Franken zu kürzen. Das hätte eine Kürzung von 2,4 Millionen Franken zur Folge gehabt. Dieser Antrag wurde in der Sozial- und Gesundheitskommission mit 7:3 Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde das Globalbudget «Gesundheit» mit 7:3 Stimmen bei null Enthaltungen angenommen. Der Antrag der Finanzkommission, den Ausbau der Assistenzarztstellen auf 145 statt auf 160 zu begrenzen, lag zum Zeitpunkt der Debatte in der Sozial- und Gesundheitskommission nicht vor. Jedoch hat die



soH in der Sozial- und Gesundheitskommission versichert, dass die 160 Stellen eine realistische Messlatte darstellen würden. Das Interesse und die Bewerbungen für diese Stellen sind vorhanden.

*Franziska Rohner (SP).* Das Globalbudget «Gesundheit» ist speziell. Es war bisher sehr stark durch COVID-19 geprägt. Ich möchte daran erinnern, dass von einigen Seiten klar gesagt wurde, dass sie nicht daran glauben, dass die befristeten Stellen, die man seinerzeit für COVID-19 aufgebaut hat, auch wieder abgebaut werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Globalbudget aufzeigt, dass nur die Stellen gebraucht werden, die man hat. Sie wurden sehr schnell wieder abgebaut und sind nicht bestehen geblieben. Deshalb ist es mir ein Anliegen, hier aufzuzeigen, dass auch der Beitrag bei den Finanzgrössen tiefer sein wird, als er im Semesterbericht aufgezeigt wurde. Das betrifft jedoch das laufende Globalbudget. Das zeigt für mich klar den Umgang des Amtes mit den Finanzen auf. Es wurde sehr gut ausgeführt, welche neuen Aufgaben vom Bund an das Amt gelangt sind. Das ist sehr vielfältig. Dennoch will man keine horrende Zahl von Stellen aufbauen, sondern man hat ganz vernünftig versucht, das umzusetzen und die Aufgaben zu erledigen. Für die Fraktion SP/Junge SP ist das Thema der Stärkung der Grundversorgung, das hier im Rat schon mehrmals mit Interpellationen behandelt wurde, ganz wichtig. Wir haben bei den Hausärzten eine enorme Pensionierungswelle vor uns und wir müssen da etwas tun. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass man nun genau dort wieder Streichungen vornehmen will und nicht Hand für Lösungen bietet. Unsere Versorgungssicherheit - nicht nur die unsrige, sondern diejenige der Bevölkerung des ganzen Kantons - ist äusserst relevant. Wir brauchen eine sehr gute ärztliche und pflegerische Grundversorgung. Das ist etwas, das man mit diesem Schwerpunkt, der hier gesetzt wird, machen will. Daher stehen wir klar dazu, dass wir das Geld sprechen und gezielt ein Problem, das wir haben, lösen und nicht nur bewirtschaften. Ein Dank geht an alle, die das auch wollen.

*Christian Ginsig (glp).* Die Debatte innerhalb der Grünliberalen Fraktion war in diesem Jahr relativ kurz. Wir unterstützen den grössten Teil der angestrebten Leistungen. So erachten wir es als sehr wichtig, dass die Tageskliniken der Kinder- und Jugendpsychiatrie gestärkt werden. Auch eine gewisse Erhöhung der Praxisstellen in den Hausarztpraxen ist wichtig. Wir haben es schon vorhin von der Kommissionsprecherin gehört, nämlich dass die Rettungsdienste angegangen werden. Das ist für den nördlichen Kantonsteil wichtig. Klar ist auch, dass durch die Pflegeinitiative im operativen Bereich zusätzliche Aufgaben auf uns zukommen. Gleichzeitig begrüssen wir die Umsetzung der KVG-Änderungen im Bereich Zulassung der Leistungserbringer. Damit hat der Kanton die Möglichkeit, bei einer allfälligen Überversorgung entsprechend gut zu reagieren. Kritisch diskutiert wurde in unserer Fraktion nur die Ausbildungsoffensive von Assistenzärzten und Assistenzärztinnen in Bezug auf die Erhöhung von 130 auf 160 auszubildende Ärzte. Das angestrebte Ziel ist, dass man einen gewissen Teil dieser Assistenzärzte später gegebenenfalls im Kanton halten kann. Eine sehr kleine Minderheit unterstützt die volle Ausbildungsoffensive für Assistenzärzte und Weiterbildungen im Umfang, wie das in der Sozial- und Gesundheitskommission im Rahmen der 160 Stellen als Empfehlung vorgeschlagen wurde. In unserer Fraktion ist man jedoch sehr grossmehrheitlich der Meinung, dass es auch aus wirtschaftlichen Gründen ein Zeichen ist, die Ausbildungsoffensive etwas moderater zu definieren und mit den 145 Stellen würde man lieber auf den Spatz in der Hand setzen. Eine Mehrheit in unserer Fraktion folgt dem Antrag der Finanzkommission.

*Daniel Cartier (FDP).* Die Fraktion FDP.Die Liberalen steht grundsätzlich hinter den Strategien und den damit verbundenen finanziellen Engagements des Kantons im Gesundheitswesen. Aufgrund des kritischen Gesamtbudgets kommen wir auch hier nicht darum herum, uns Gedanken zu machen. Dementsprechend haben wir bei den Ärztefortbildungen ebenfalls unsere Vorbehalte und hätten dort gerne Einsparungen gemacht. Wie die Kommissionsprecherin richtigerweise erwähnt hat, wurde unser Kürzungsantrag in der Sozial- und Gesundheitskommission abgelehnt. Wir sind froh, dass man in der Finanzkommission einen Kompromiss finden konnte, der auch vom Regierungsrat gutgeheissen wurde. Die Fraktion FDP.Die Liberalen steht einstimmig hinter diesem Antrag.

*Christof Schauwecker (Grüne).* Die Grüne Fraktion wird dem vorliegenden Globalbudget «Gesundheit», wie von der Sozial- und Gesundheitskommission beantragt, zustimmen. Ich gehe nicht auf das gesamte Globalbudget ein, sondern nur gezielt auf einen Punkt. Dieser hat offenbar auch in den Kommissionen und im Speziellen in den Fraktionen Anlass zu Diskussionen gegeben. Die soH hat die Zeichen der Zeit erkannt und möchte direkt Assistenzärzte und Assistenzärztinnen ausbilden. Dies soll mit dem Ziel geschehen, erstens dem Fachkräftemangel etwas entgegenzuhalten und zweitens zukünftige, durch die soH voll ausgebildete Ärzte und Ärztinnen bei uns im Kanton Solothurn weiterbeschäftigen zu können. Dies soll entweder direkt geschehen oder als Hausärzte oder als Hausärztinnen. Das ist eine voraus-

schauende und nachhaltige Personalplanung und ist äusserst wirtschaftlich. Diese Ziele stützen wir. Der Antrag der Finanzkommission zielt genau auf dieses Vorhaben. Daher lehnen wir den Antrag ab und stimmen dem Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission zu.

*Rolf Jeggli (Die Mitte)*. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP steht hinter dem neuen Globalbudget «Gesundheit», kann aber auch dem Antrag der Finanzkommission folgen. Wie wir in der Sozial- und Gesundheitskommission vom Gesundheitsamt informiert wurden, handelt es sich bei der Zahl von 160 bezüglich der Ausbildungsplätze um eine Annahme. Ob man das überhaupt erreicht und ob man diese Kapazitäten überhaupt ausschöpfen kann, wurde sehr in Frage gestellt. Daher handelt es sich beim Antrag der Finanzkommission um eine Kompromisslösung. Wir werden sehen, wohin wir kommen werden. Wir danken für eine fortschrittliche Denkweise des Amts in Bezug auf die Sicherstellung der gesundheitlichen Grundversorgung im Kanton Solothurn.

*Christian Thalmann (FDP)*, Sprecher der Finanzkommission. Ich begrüsse auf der Tribüne unsere Freunde aus dem Schwarzbubenland. Wir schreiben das Jahr 1, da wir keine Differenzvereinbarungen mehr kennen. Früher wäre ich in die Sozial- und Gesundheitskommission gepilgert und hätte versucht, eine Lösung oder eine Einigung zu finden, damit die Sozial- und Gesundheitskommission die Finanzkommission nicht missversteht. Wir sind für die ärztliche Weiterbildung. Das ist wichtig. An dieser Stelle möchte ich noch meinen Dank an das Gesundheitsamt richten. Das Ganze wurde sehr transparent erklärt. Wir sind der Auffassung, dass es eine Illusion ist zu glauben, dass plötzlich alle Hausarztpraxen besetzt wären, wenn wir hier Geld und Know-how-Power hineinstecken. Dem ist nicht so. Wir sind ein offenes Land und haben keine starre Grenzen. Zudem bilden die Universitätskantone viel stärker aus. Der Kanton Solothurn finanziert das indirekt mit. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons haben wir quasi einen Mittelweg gesucht und wir empfehlen Ihnen, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen. Der Regierungsrat hat dies auch so gemacht.

*Susanne Schaffner (Vorsteherin des Departements des Innern)*. Wenn hier so viel gedankt wird, dann möchte ich auch ganz herzlich danken. Ich verstehe es als Zeichen der Unterstützung für die Grundversorgung, die uns allen am Herzen liegt. Wir investieren alles, was wir können. Ich bin der Meinung, dass der Kompromissvorschlag der Finanzkommission besagt, dass wir dafür einstehen, nämlich für die Weiterbildung der Praxis-Assistenzärzte und Praxis-Assistenzärztinnen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es ganz wichtig ist, dass wir diese Stellen ausbauen können. Wir hoffen, dass sich die Grundversorgung dadurch mit der Zeit wieder wenigstens in einem Rahmen einpendelt, der auch für unsere Bevölkerung stimmt. Wir machen einen grossen und einen wichtigen Schritt. Ich danke Ihnen bestens für die Unterstützung.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin*. Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

#### Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 2., 3. und 4.

Angenommen

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 25]

Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats:

Ziffer 5. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Gesundheit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 139'695'000 Franken beschlossen.

Für den Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission

28 Stimmen

Für den Antrag der Finanzkommission / des Regierungsrats

62 Stimmen

Enthaltungen

1 Stimme

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 26]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	73 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1582), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Gesundheit» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
2. Produktgruppe 1: Gesundheit
  - 2.1 Bereitstellung eines bedarfsgerechten, vernetzten und gut koordinierten stationären Versorgungsangebots
  - 2.2 Zeitnahe und dienstleistungsorientierte Entscheidung von Bewilligungs- und Zulassungsgesuchen
  - 2.3 Wahrnehmung der Aufsicht über bewilligungs- und meldepflichtige Personen und Einrichtungen
  - 2.4 Fristgerechte Prüfung von Spitalrechnungen
  - 2.5 Eindämmen von Infektionskrankheiten
  - 2.6 Förderung Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit, Suchtprävention und Ressourcenstärkung
  - 2.7 Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor gesundheitlicher Gefährdung und Täuschung und Sicherstellung der Hygiene
3. Produktgruppe 2: Leistungsauftrag Notfälle und ausserordentliche Ereignisse
  - 3.1 Sicherstellen der qualitativ hochstehenden notfallmedizinischen Versorgung bei ordentlichen und ausserordentlichen Lagen, rund um die Uhr
  - 3.2 Entlastung der Spitalnotfallstationen von einfacheren Fällen
4. Produktgruppe 3: Leistungsaufträge spezifische medizinische Versorgung und Aus- und Weiterbildung
  - 4.1 Sicherstellen einer qualitativ guten dezentralen ambulanten psychiatrischen Grundversorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
  - 4.2 Sicherstellen eines qualitativ guten Angebots an spezialisierten, stationären Palliative Care Leistungen
  - 4.3 Aus- und Weiterbildungsförderung zur Sicherung der Versorgung
5. Für das Globalbudget «Gesundheit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 139'695'000 Franken beschlossen.
6. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Gesundheit» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
7. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Wir fahren fort mit dem laufenden Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» auf Seite 278. Dazu scheint es keine Wortmeldungen zu geben. Das laufende Globalbudget «Migration» auf Seite 289 ist das nächste. Hier sehe ich ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zum Globalbudget «Justizvollzug» auf Seite 294. Da verweise ich auf die beantragte Anpassung und Kürzung von 250'000 Franken gemäss dem Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023. Der Regierungsrat hat dem am 5. Dezember 2023 zugestimmt und er ist folglich unbestritten. Es scheinen auch keine Wortmeldungen verlangt zu sein. Vor der Pause kommen wir zum Verlesen der Wahlergebnisse. Vorgängig möchte ich Ihnen noch ein paar organisatorische Hinweise geben.

WG 0258/2023

Wahl des Präsidiums des Kantonsrats für das Jahr 2024

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Die Gewählten bitten Sie - wahrscheinlich damit sie schneller zum Apéro gehen können - darauf zu verzichten, sich in Reihen anzustellen, um zu gratulieren. Die Pressestelle bittet weiter darum, dass man nicht in das Foto hineinläuft, das man machen möchte (*Heiterkeit im Saal*). Wir kommen damit zur Verlesung des Wahlergebnisses der zweiten Vizepräsidentin des Kantonsrats für das Jahr 2024.

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Gültig: 90

Leer: 8

Absolutes Mehr: 46

Gewählt wird mit 82 Stimmen: Myriam Frey Schär

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Gewählt ist Myriam Frey Schär mit 82 Stimmen (*Beifall im Saal*). Wir kommen nun zur Wahl des ersten Vizepräsidenten des Kantonsrats für das Jahr 2024.

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Eingegangene Stimmzettel: 90

Leer: 14

Absolutes Mehr: 46

Gewählt wird mit 74 Stimmen: Roberto Conti

---

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 92

Leer: 4

Absolutes Mehr: 47

Gewählt wird mit 88 Stimmen: Marco Lupi

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Marco Lupi wird mit 88 Stimmen gewählt (*Beifall im Saal*). Ich gratuliere allen Gewählten herzlich zur Wahl (*langanhaltender Beifall*).

Die Verhandlungen werden von 10.30 bis 11.15 Uhr unterbrochen.

SGB 0211/2023

Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2024 bis 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1581), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
  - 1.1 Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung
    - 1.1.1 Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum
  - 1.2 Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung
    - 1.2.1 Aufrechterhaltung der subjektiven und objektiven Sicherheit
  - 1.3 Produktgruppe 3: Strassenverkehr
    - 1.3.1 Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen
2. Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 282'980'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

b) Zustimmender Antrag der Justizkommission vom 9. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

d) Antrag von Nadine Vögeli (SP, Hägendorf) vom 7. Dezember 2023:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 283'480'000 Franken beschlossen.

e) Antrag der Fraktion SVP vom 8. Dezember 2023:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 280'000'000 Franken beschlossen.

Eintretensfrage

*Rea Eng-Meister (Die Mitte)*, Sprecherin der Justizkommission. Der beantragte Verpflichtungskredit für das Globalbudget Polizei Kanton Solothurn für die nächsten drei Jahre ist, zusammen mit dem Zusatzkredit von 1,3 Millionen Franken, um 21,3 Millionen Franken höher als die Summe des letzten Verpflichtungskredits von 260,4 Millionen Franken. Es werden 283 Millionen Franken beantragt. Grund dafür sind die gestaffelte Korpserhöhung in den letzten drei Jahren, die Integration der Stadtpolizei Grenchen - also zwei bereits vergangene Ereignisse - aber auch der nötige Personalaufbau von zehn Mitarbeitenden in den kommenden drei Jahren. Nicht nur beim Personal, sondern auch beim Sachaufwand gibt es enorme Erhöhungen. Dort sind 6,5 Millionen Franken budgetiert, und das wegen höheren Abschreibungen sowie Anschaffungs- und Wartungskosten im IT-Bereich und diesbezüglich auch höhere Kosten für Lizenzen, um den sehr wichtigen Bereich Cybercrime abzudecken. Weiter kommen teuerungsbedingte höhere Kosten im Bereich Unterhalt und Anschaffungen auf die Kantonspolizei (Kapo) zu. Das sind beispielsweise Fahrzeuge, Treibstoffe, Waffen und Munition. Ein Schutzhelm kostet in Zukunft nicht mehr nur 900 Franken, sondern 1500 Franken. Zudem ist auch zu beachten, dass die Materialien

nicht einfach geteilt werden können, so wie in anderen Amtsstellen der Arbeitsplatz oder das Arbeitsmaterial. Jeder Polizist und jede Polizistin haben ihr persönliches Material und «Gun Sharing» ist leider nicht möglich. Zu den höheren Aufwänden im Bereich Personal und Sachaufwand kommen auch noch Mindererträge von 2,9 Millionen Franken hinzu. Diese ergeben sich vor allem aus den Kündigungen von Leistungsvereinbarungen mit den Rettungsdiensten Nordwestschweiz und mit dem Spitalamt Bern. Somit fällt dort die Dienstleistung der Sanitätsdisposition weg. Weiter wurde die Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) nach dem Bezug des neuen Schwerverkehrszentrums in Oensingen angepasst. Deshalb werden auch dort weniger Erträge generiert. In der Sitzung der Justizkommission vom 9. November 2023 hat uns der Polizeikommandant die im ersten Moment doch erschreckend hohen Zahlen erläutert. Die detaillierten Gründe für den grössten Brocken beim Personalaufwand gebe ich gemäss seinen Angaben weiter. Die Aufwände für die Kapo sind in den letzten Jahren enorm gestiegen und werden auch in den kommenden Jahren eine Herausforderung sein. Das ist nicht nur auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen, sondern auch auf die Digitalisierung und der damit verbundenen Cyberkriminalität. Kaum ein Delikt hat keinen Bezug zur digitalen Welt und man muss sehr viele digitale Daten durchforschen. Grosse Hürden sind auch die neuen Techniken, die sich rasant verändern und entwickeln. Aus diesem Grund müssen sich die zuständigen Beamten immer weiterbilden und auch die Technik der Polizei für das Aufdecken von solchen Fällen muss sich ständig anpassen. Hinzu kommt die neue Strafprozessordnung, die viel umfassendere Ermittlungsverfahren und somit einen enorm hohen Administrationsaufwand generiert. Die strukturelle Kriminalität, die mit mehreren Vorstössen aus dem Parlament ins Auge gefasst wurde, zu bekämpfen, ist nur möglich, wenn mehr Ressourcen vorhanden sind. Der Kommandant hat uns versichert, dass er und seine Leute stets bemüht sind, die Effizienz zu steigern und mit den vorhandenen Ressourcen das Bestmögliche herauszuholen. Das sei aber nicht immer einfach, weil es wirklich an allen Ecken und Enden fehlt. Im Moment geht es mehr darum, den Kopf über Wasser zu halten und zu hoffen, dass wegen dem Konkurrenzdruck aus den Nachbarkantonen und vom Bund nicht noch mehr Leute davonlaufen. Die Diskussionen in der Sitzung der Justizkommission haben gezeigt, dass alle Anwesenden damit einverstanden sind, dass die Polizei mehr Ressourcen braucht. Der Antrag auf Erhöhung des Budgets um 500'000 Franken, so wie er uns von Nadine Vögeli vorliegt, wurde auch in der Justizkommission gestellt. Er wurde aber mit 7:2 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Ein Antrag auf Kürzung wurde nicht besprochen. Es wurde aber diskutiert, dass eine Korpsaufstockung grundsätzlich notwendig ist. Im Gegenzug sollen im Departement des Innern (DDI) aber Kompensationsmöglichkeiten für Einsparungen um diese zehn Stellen aufgezeigt werden. Dazu wurde gesagt, dass das nicht Gegenstand der Diskussion in der Sitzung der Justizkommission ist und dass ein Personalabbau auch immer einen Leistungsabbau mit sich bringt. Bei der Schlussabstimmung wurde das vorgelegte Globalbudget mit 11:0 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

*Sarah Schreiber (Die Mitte).* Von den 14 Globalbudgets, die wir in dieser Session behandeln, ist das Globalbudget Polizei mit Abstand das grösste. Die Polizei erfüllt auch eine der wichtigsten Aufgaben im Kanton, nämlich die Gewährleistung der Sicherheit. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP steht klar hinter der geplanten Aufstockung des Korps um nochmals zehn Mitarbeitende. Es ist unschön zu lesen, dass wir uns mit unserer Polizeidichte auf Platz 19 befinden, und das trotz der dritthöchsten Kriminalitätsbelastung. Wenn ich kurz den Bogen zur Initiative spanne, die wir nächste Woche behandeln, könnte man fast sagen, dass ein überproportionales Verwaltungswachstum in diesem spezifischen Bereich wünschenswert wäre. Die Gründe, die den Ausbau des Korpsbestands notwendig machen, hat die Kommissionssprecherin einleuchtend dargestellt. Die Haltung der Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP ist in Bezug auf den Antrag der SVP-Fraktion trotzdem gespalten. Wir haben es uns nicht leicht gemacht und lange Diskussionen geführt. Aufgrund der angespannten Finanzlage wird ziemlich genau die Hälfte unserer Fraktion einer Erhöhung von lediglich 18,3 Millionen Franken statt den beantragten 21,3 Millionen Franken zustimmen. Man ist der Ansicht, dass es möglich sein muss, bei einem derart grossen Globalbudget von rund 280 Millionen Franken 3 Millionen Franken in drei Jahren einsparen zu können. Die Kürzung stellt rund 1 % des gesamten Saldos dar. Dabei ist es aber wichtig zu betonen, dass es nicht eine Kürzung ist. Wir sprechen hier von einer Erhöhung, die nicht ganz im beantragten Umfang stattfinden soll. Zudem möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP in der letzten Session den Auftrag «Aufgaben der Kantonspolizei überprüfen» eingereicht hat, mit dem Ziel, die Kapo zumindest in Bezug auf die Verteilung von Parkbussen und allenfalls von weiteren Aufgaben entlasten zu können. Den Antrag von Nadine Vögeli auf Erhöhung um 500'000 Franken werden wir ablehnen, so wie es auch die Justizkommission bereits getan hat.

*Beat Künzli (SVP).* Die SVP steht für Freiheit und Sicherheit ein. Sicherheit ist uns wichtig und dafür braucht es die Polizei. Deshalb danke ich an dieser Stelle auch unseren aktiven Kantonspolizisten für ihre tägliche, sehr herausfordernde und manchmal auch unangenehme Arbeit. Ich danke auch den Polizisten, die uns hier - an den Eingängen positioniert - im Kantonsrat beschützen. Ich fühle mich absolut sicher und mir ist es sehr wohl. Ich denke, dass ich sonst nirgends im Leben so sicher bin wie hier im Kantonsratssaal. Sicherheit hat ihren Preis, aber sie muss bezahlbar bleiben. Der Kantonsrat hat in diesem Globalbudget bereits in der letzten Periode eine Aufstockung von sage und schreibe 30 Pensen bewilligt. Dass durch die Zuwanderung immer mehr Sicherheitskräfte benötigt werden und die Verbrechen steigen, ist uns klar. Hier müsste man den Hebel aber an einem anderen Ort ansetzen. Vielleicht sollte das DDI dafür sorgen, dass unsere Sicherheitsfachleute vermehrt für ihren Kernauftrag eingesetzt werden und weniger, um Formulare auszufüllen und IT-Probleme zu lösen. Die SVP-Fraktion erwartet auch hier, dass zusätzliche Stellen irgendwo kompensiert werden. Das müsste insbesondere im DDI mit 1026 Vollzeitstellen und 70 Stellen, die seinerzeit wegen der Covid-Pandemie aufgebaut wurden, relativ gut möglich sein. Wie um alles in der Welt sollte sonst dereinst die 1:85-Initiative - falls sie denn angenommen wird - umgesetzt werden, wenn von der zuständigen Regierungsrätin kein Wille zur Kompensation festgestellt werden kann? Im Globalbudget ist ausserdem von ausgewiesenen Mindererträgen für Dienstleistungen und Verkäufe oder auch von fehlenden Beträgen und Entschädigungen von Bund und Kanton die Rede. Diese gibt es vermutlich tatsächlich, aber dadurch werden bei den Mitarbeitenden auch neue Ressourcen frei, weil die Arbeiten anderswo erledigt werden. Das wird aber nirgends ausgewiesen. Was machen denn all die Mitarbeitenden in der neu verfügbaren Zeit? Deshalb sind wir der Meinung, dass der Kredit im Globalbudget Polizei um knapp 3 Millionen Franken gekürzt werden kann, ohne dass das Sicherheitsdispositiv auch nur im geringsten leidet, so man das denn will. Das Budget entspricht dann noch immer einer Erhöhung um sage und schreibe knapp 20 Millionen Franken gegenüber der letzten Periode. Also von wegen Sparen und Kürzen, es ist ein massiver Ausbau. Ich danke darum für die Unterstützung unseres Antrags.

*Urs Huber (SP).* Ich möchte der Kommissionssprecherin herzlich danken und könnte nun sagen, dass ich mich dem anschliessen kann. Das bringe ich aber natürlich nicht fertig. Es hat auch seine Vorteile, wenn man nicht Kommissionssprecher ist. So kann man freier reden. Die Fraktion SP/Junge SP betrachtet die öffentliche Sicherheit als wichtige Kernaufgabe des Staats. Das sogenannte Gewaltmonopol kann nur staatlich sein. Die Kantonspolizei Solothurn macht eine gute Arbeit. Sie ist eine Bürgerpolizei und sieht sich nicht als Selbstzweck. Das unterstützen wir. Das neue Globalbudget sieht eine Erhöhung von zehn Stellen vor. Dazu gab es sowohl im Ausschuss der Justizkommission wie auch in der Gesamtkommission sehr viele detaillierte und auch nachvollziehbare Erläuterungen. Wir mussten das Polizeikorps tatsächlich immer wieder aufstocken. Das war aus verschiedenen Gründen - aus finanztechnischen Gründen leider - nötig. Was an diesem Globalbudget eher neu ist, ist der beträchtlich gestiegene Sachaufwand. Aber auch für diesen gibt es klare Begründungen. Bei den Worten von Beat Künzli habe ich gedacht, dass er die Vorlage wahrscheinlich gelesen hat, aber ich bin nicht sicher, ob er sie verstanden hat. Wenn man die Stellen nicht bewilligt, sollten wir keine neuen Vorstösse überweisen, beispielsweise zur Bekämpfung von Menschenhandel oder in Interpellationen betonen, dass die Geldwäscherei zu unterbinden sei. Das wäre dann nur leeres Geschwätz. Gut, wir Politiker haben einen entsprechenden Ruf. Was ich auf keinen Fall sagen würde, ist, dass es reine Lippenbekenntnisse sind. Regierungsrat Remo Ankli hat uns gezeigt, was das ist. Zum Antrag der SVP-Fraktion muss ich sagen, dass ich staune. Immerhin hat er sieben schöne Nullen, aber ausgerechnet die SVP-Fraktion lehnt zum x-ten Mal neue Polizeistellen ab. Das ist nicht das erste Mal. Das Motto lautet: Mehr Polizei, aber nicht mehr Polizisten, denn diese erhalten einen Lohn. Der Antrag bewirkt nicht nur, dass es keine neuen Stellen gibt, sondern dass es - richtig gerechnet - sogar eine Verminderung um gut eine Stelle gibt. Ich möchte auch zur Argumentation der Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP etwas sagen. Teilweise wird argumentiert, dass es keinen Einfluss auf die Stellen habe, wenn man 3 Millionen Franken weniger spricht. Mir ist schleierhaft, wie das funktionieren soll. Vielleicht müsste der Polizeikommandant einen Kredit aufnehmen. Für mich ist das nicht nachvollziehbar. Ich stelle fest, dass es vom Ausschuss über die Kommission bis hin zu diesem Antrag eine gewisse dynamische Meinungsentwicklung gegeben hat. Was sich nicht verändert hat, ist die Situation für die Betroffenen, für die Opfer im Strassenverkehr, in Bezug auf Einbrüche, Gewalt jeder Art, Drogen und mafiöse Strukturen. Nicht verändert hat sich auch die Dauerbelastung für die Mitarbeitenden der Polizei. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu einer längeren und noch grösseren Überlastung kommt. Es wäre ein klassischer Fall, der uns später oder schon jetzt sehr teuer zu stehen kommen kann, wenn wir so sparen wollen. Wenn man sich das Korps oder die Situation in der Stadt Basel anschaut, sieht man, was passiert, wenn man in Schwierigkeiten ist. Es wird richtig teuer, wenn die Mitarbeitenden davonlaufen, weil sie mit der Überlastung nicht mehr klarkommen. Das ist auch der Grund, warum unsere Frakti-

on den Antrag von Nadine Vögeli unterstützt. Es ist das Minimum, was hier beantragt wird, denn es sind die Stellen, die bereits vor drei Jahren zur Diskussion gestanden sind. Die drei Stellen mehr würden dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden nicht dauernd auf dem Zahnfleisch laufen. Jetzt komme ich zu einer vielleicht überraschenden Aussage. Eigentlich würden wir diese Stellen gar nicht brauchen. Natürlich gibt es die Tendenz zu mehr Kriminalität. Wenn man aber die Zahlen anschaut, ist das nicht der Treiber. Das zeigen alle Statistiken. Wir haben aber die Situation, dass die neue Strafprozessordnung und jede weitere Revision dazu geführt haben, dass die Formalitäten fast ins Unermessliche steigen. Der Aufwand für die gleichen Fälle verdoppelt sich. Ohne das könnten wir - das ist eine Schätzung von mir - auf etwa 20 % der Polizisten verzichten. Das ist aber der Alltag und ihre Arbeit. Man kann sich fragen, ob das nötig ist. Man sollte die strukturelle Kriminalität bekämpfen, bevor wir Situationen wie in Holland oder Schweden haben. Man hat den Eindruck, dass unsere Polizisten vor allem im Innendienst tätig sein müssen, obwohl es besser wäre, wenn man Fahndungstruppen schaffen könnte. Das ist aber nicht ein interner Organisationsfehler. Ich möchte es nicht Justizbürokratie nennen, aber es ist immer mehr Arbeit für die gleichen Fälle und die Hoffnung, dass das Pendel irgendwann wieder in die andere Richtung schwingt, kann man wohl begraben. Ich glaube, dass die Polizeiführung nur beten kann, dass die nächste Revision nicht allzu schnell kommt, damit es nicht noch mehr zunimmt. Das gibt mir zwar zu denken, aber es nützt nichts. Wir haben das geltende Recht und das muss umgesetzt werden, denn wir sind in einem Rechtsstaat. Aber das ist der Grund, warum es immer neue Stellen braucht. Richard Aschberger hat gestern gesagt, dass es ein Lean Management sei. Jeder Vergleich zeigt, dass unsere Polizei sehr schlank aufgestellt ist. Das ist auch der Grund, warum jede Zusatzbelastung neue Stellen auslöst. Wir können auch bewusst sagen, dass wir die Sicherheit schlittern lassen oder wir schauen einfach weg. Zum Schluss noch eine kleine Reminiszenz, die ich am Sonntag persönlich erlebt habe: Ich habe wieder einmal versucht, die Verschuldung von jemandem in den Griff zu bekommen. Ich habe dem Betroffenen während einer Stunde vorgerechnet, dass irgendwo Geld versickert. Er hat am Schluss zugegeben, dass er alles verspielt hat. Seine Frau hat nichts davon gewusst. Ich habe gefragt, wo er das Geld verspielt hat. Er hat gesagt, dass er in einem Restaurant in Däniken war. Als Mitglied der Justizkommission hat es mich interessiert, ob man im Niederamt auch an anderen Orten spielen kann. Nach seinen Aussagen kann man das aktuell auch in Gretzenbach, in Dulliken und in Trimbach machen. Es gibt also quasi überall am helllichten Tag mafiöse Strukturen in Hinterzimmern. Das will unsere Fraktion nicht und deshalb bitten wir Sie um ein Ja für Betroffene, für die Mitarbeitenden der Polizei und für unsere Gesellschaft. Zum Schluss möchte ich mich bei Beat Künzli entschuldigen. Das war nicht so gemeint, ich habe es falsch formuliert.

*Christian Ginsig (glp).* Ich vertrete dieses Votum in Abwesenheit von Simone Rusterholz. Sie ist Mitglied der Justizkommission, heute aber leider verhindert. Für die glp-Fraktion ist es nachvollziehbar, dass sich der Leistungsauftrag der Polizei in den letzten Jahren verändert hat. Die Verfolgung der Delikte wie Menschen- und Drogenhandel sowie Clankriminalität ist aufwändig und für die Ermittlung von Cyberdelikten braucht es spezifisches Fachwissen und Fachleute. Dass die Ermittlung dieser Delikte verstärkt werden soll, so wie es auch in mehreren Vorstössen verlangt wurde, begrüßen wir. Wir anerkennen, dass die Polizei versucht, ihre Arbeit zu optimieren, so dass die Kosten nicht noch weiter wachsen. Deshalb können wir den zehn zusätzlichen Stellen, deren Bedarf bereits im Jahr 2020 gut aufgezeigt wurde, zustimmen, denn die Polizeidichte ist im Kanton Solothurn weit unter dem Schweizer Durchschnitt. An dieser Stelle drücke ich meinen persönlichen Dank für die tägliche Leistung des Solothurner Polizeikorps für die Solothurner Bevölkerung aus. Den Antrag von Nadine Vögeli um Erhöhung des Budgets um 500'000 Franken lehnen wir aber ab. Gleichzeitig lehnen wir den Antrag der SVP-Fraktion ab, der das vorliegende Globalbudget begrenzen will. Insgesamt stimmt die glp-Fraktion dem Globalbudget Polizei, wie vom Regierungsrat festgelegt, einstimmig zu.

*Daniel Urech (Grüne).* Die Grüne Fraktion anerkennt die grosse Leistung der Solothurner Kantonspolizei und dass sie eine sehr schwierige Aufgabe zu erledigen hat. Ich kann weitgehend auf die Kommissionsprecherin verweisen und zum grössten Teil auch auf das Votum von Urs Huber. Deshalb werde ich mich einigermassen kurzfassen. Es ist leider so, dass die Kosten und Aufwände im Bereich der Polizei steigen. Wir haben die Erwartung, dass die strukturierte Kriminalität bekämpft wird, so wie es auch Urs Huber geschildert hat. Dafür ist die Zusammenarbeit über die Ämter hinweg wichtig. Wir unterstützen entsprechend den Antrag des Regierungsrats, der eine Erhöhung des Globalbudgets für die nächste Globalbudgetperiode vorsieht. Wir haben auch Sympathien für den Antrag von Nadine Vögeli. Vor dem Hintergrund der Finanzlage sehen wir derzeit jedoch nicht, dass wir dem zustimmen können. Den Antrag der SVP-Fraktion lehnen wir klar ab. Wir denken, dass die Gewährleistung der subjektiven Sicherheit, die sich beispielsweise darin zeigt, dass man im Alarmfall vernünftige Interventionszeiten hat, sehr



wichtig ist. Es ist nun mal so, dass die Polizeiarbeit kein Nine-to-five-Job ist, sondern es geht um eine Bereitschaft während 24 Stunden, die wir im ganzen Kantonsgebiet als wichtig erachten. Der gestiegene Sachaufwand ist eine Tatsache. So kann man nicht einfach auf einen Velohelm umsteigen, um das Beispiel der Kommissionssprecherin aufzunehmen. Hier müssen wir den Tatsachen in die Augen schauen. In diesem Sinne unterstützen wir das Globalbudget, wie es vorgelegt wurde.

*Johanna Bartholdi (FDP).* Das vorliegende Globalbudget ist durch die bereits in diesem Jahr bewilligten Ressourcenerhöhungen und von einer weiteren Aufstockung um zehn Stellen geprägt. Damit soll unter anderem besser gegen die organisierte Kriminalität vorgegangen werden. Gerade diese Spezialisierung und damit auch die Effizienzsteigerung begrüsst die FDP. Die Liberalen-Fraktion, so wie wir es in der Synopse in den Medien zur Kantonsratssession bezüglich den ausserordentlichen Staatsanwälten auch kommuniziert haben. Den Mehraufwand beim Sachaufwand hat die Kommissionssprecherin bereits sehr gut dargelegt. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist uns sehr wichtig. Deshalb bekunden wir äusserste Mühe mit weiteren Kürzungen oder sogar mit der Ablehnung des Budgets. Kürzungen und Ablehnung liegen quer in der Landschaft und dürften auch in der Bevölkerung auf wenig oder gar kein Verständnis stossen. Es wird immer wieder lauthals gefordert, dass die Kriminalität besser bekämpft werden soll. Gleichzeitig wird gesagt, dass die Sicherheit nicht allzu viel kosten darf. Wir dürfen nicht ausser Acht lassen, dass unsere Solothurner Polizei - Urs Huber hat es bereits gesagt - schlank aufgestellt ist und im Vergleich zu anderen Kantonen mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen sehr gute Arbeit leistet. Es darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich unsere Gesellschaft gewandelt hat. Der Handlungsbedarf der Polizei wächst entsprechend. Es ist allzu einfach, alles der Zuwanderung in die Schuhe zu schieben. Deshalb macht die beantragte Aufstockung mehr als Sinn. Thomas Zuber hat uns in der Kommission in einem unerwartet engagierten und emotionalen Votum dargelegt, dass er unter keinen Umständen Zustände wie in den Niederlanden, in Schweden oder in Norwegen wünscht. Deshalb brauche er diese zehn Stellen und das sei das Minimum. Dennoch stösst die Aufstockung um weitere 500'000 Franken bei uns auf Unverständnis. Es braucht überall, auch bei der Polizei, einen gewissen Druck der Politik. Zudem liegt die Erhöhung mit Blick auf das Budget unseres Kantons gegenwärtig quer in der Landschaft. An dieser Stelle möchte ich der Polizei für ihre gute und gezielte Wahrnehmung ihrer Arbeit danken. Die Aufgaben und die Erfordernisse an den Beruf der Polizei sind herausfordernd. Das kann ich als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch nur bestätigen. Darum möchte ich an dieser Stelle allen Polizeimitarbeitenden danken, dass sie mit ihrem wertvollen Beitrag zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung des Kantons Solothurn viel leisten. Ich kann Sie alle nur auffordern, dem Budget wie vorliegend zuzustimmen. Die FDP. Die Liberalen-Fraktion wird dem Globalbudget einstimmig zustimmen, Kürzungen und Aufstockungen jedoch ablehnen, das zum Wohl der ganzen Bevölkerung des Kantons Solothurn.

*Nadine Vögeli (SP).* Ich habe in der Begründung zu meinem Antrag geschrieben, dass die Polizisten und Polizistinnen unter grossem Druck stehen. Die Fluktuation nimmt zu, nicht nur bei den Mitarbeitenden an der Basis, sondern auch beim Kader. Sie wandern in die Privatwirtschaft ab, weil dort die Arbeitsbedingungen besser sind - keine Schichtarbeit, kein Wochenenddienst und oftmals auch ein besserer Lohn. Oder sie wechseln in Polizeikorps von anderen Kantonen, weil diese bessere Löhne zahlen. Ein kleiner Vergleich: Bei uns ist die Polizei innerhalb des Staatspersonals ziemlich tief eingestuft. Ein Staatsanwalt, der vier bis fünf Jahre Berufserfahrung hat, verdient mehr als ein Abteilungsleiter bei der Polizei. Nachdem beim letzten Globalbudget Kürzungen vorgenommen wurden, konnten die benötigten Stellen nicht alle aufgestockt werden. Das hat ganz klar dazu geführt, dass die Polizei zu wenig Ressourcen hat. Ich habe schon mehrfach erwähnt, dass wir eine der tiefsten Polizeidichten, also Polizisten und Polizistinnen pro Einwohner, haben. Dafür haben wir eine der höchsten Kriminalitätsraten in der Schweiz. Dass das nicht gut ist, sollte allen einleuchten. Vor diesem Hintergrund ist ein Kürzungsantrag bei der Polizei ein Affront und hier nützen auch alle Lobeshymnen nichts. Der Stress im Dienst ist hoch, was dazu führt, dass junge Polizisten und Polizistinnen bereits wenige Jahre nach der Ausbildung den Beruf wieder verlassen. Auch die immer wieder geäusserte Kritik von gewissen Politikerinnen und Politikern an den Staatsangestellten führt zu Enttäuschung und Frust. Die Leserbriefe zum Teuerungsausgleich können hier als Beispiel genannt werden. Die Mitarbeitenden fühlen sich weder ernst genommen noch wertgeschätzt und ich kann sie gut verstehen. Es ist auch nicht so, wie es einige Male angedeutet wurde, dass die Äusserungen von den Verbandsspitzen kommen. Die Mitarbeitenden erwarten von den Verbänden, dass wir uns für sie einsetzen und dass wir klare Worte wählen. Die Polizisten und Polizistinnen leisten einen wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sorgen täglich für unsere Sicherheit - auf der Strasse, bei der Einbruchsprävention, im Verkehrsdienst für Kinder usw. Sie helfen mit bei der Aufklärung von Verbrechen und sie sorgen für ein subjektives Sicherheitsgefühl. Die strukturierte Kri-

minalität und Drogen- und Menschenhandel müssen effektiv bekämpft werden. Die Verbrechen müssen lückenlos aufgeklärt werden. Das ist auch wichtig, weil es eine abschreckende Wirkung entfaltet. Unser Kanton darf nicht zum Eldorado für die organisierte Kriminalität werden. Das erreichen wir mit einer wirkungsvollen Prävention, aber auch mit einer hohen Aufklärungsquote. Ich danke allen Polizisten und Polizistinnen und auch allen anderen Korpsmitgliedern für die tägliche Arbeit, die sie leisten.

*André Wyss (EVP).* Es wurde angedeutet, dass wir in den vergangenen Monaten verschiedentlich Themen im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität wie Menschenhandel, Arbeitsausbeutung oder Geldwäscherei diskutiert haben. Dabei wurde von Seiten des Regierungsrats und der Polizei mehrmals darauf hingewiesen, dass zwischen der Anzahl der bekannten und mutmasslichen Straftaten und den vorhandenen Ressourcen der Polizei ein grosses Missverhältnis besteht. Die Folge ist, dass die Polizei nicht beziehungsweise immer weniger in der Lage ist, ihre Aufgaben im erforderlichen Mass auszuüben. Die wirksame und nachhaltige Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist mit dem aktuellen Personalbestand nicht möglich. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass solche nicht geahndeten Delikte grossen Schaden anrichten wie beispielsweise fehlende Einnahmen beziehungsweise höhere Ausgaben bei den Sozialversicherungen aufgrund von Sozialversicherungsbeitrag, tiefere Steuereinnahmen aufgrund von Steuerbetrug und weitere andere wirtschaftliche Folgeschäden und -kosten. Hinzu kommt das Leid der betroffenen ausgenutzten Personen. So bin ich überzeugt, dass diese negativen Folgekosten für uns und unsere Gesellschaft einiges höher sind als die Kosten, die wir hier aufgrund des tieferen Globalbudgets hätten. Zusammen mit rund der Hälfte unserer Fraktion stimme ich deshalb dem Antrag des Regierungsrats zu.

*Matthias Borner (SVP).* Ich ergreife das Wort, weil mich gewisse Aussagen gestört haben. In unserer Fraktion hat für Unmut gesorgt, dass wir vor drei Jahren eine ähnliche Diskussion geführt haben und 22 neue Stellen bewilligt wurden. Damals wurde uns auch gesagt, dass man gegen die Sicherheit sei und wir das neue Afghanistan seien, wenn man Nein dazu sagen würde. Später lesen wir in einem Interview von Nadine Vögeli als Sprecherin der Polizisten, dass die 22 Mitarbeitenden dabei seien, Formulare auszufüllen und gar nicht wirksam seien. Sie hat gesagt, dass sie hauptsächlich administrative Arbeiten erledigen würden und deshalb würde das in der Verbrechensbekämpfung auch nicht bemerkt. Es stört uns, dass je nachdem das Argument der Geldwäscherei und des organisierten Verbrechens gebracht wird. Zurzeit sehe ich in Olten eine Offensive bei den Parkbussen. Ich weiss nicht, ob es sich dabei um organisiertes Falschparkieren handelt. Damit will ich sagen, dass die Polizei nicht nur Menschenhandel usw. bekämpft. Vielleicht könnte man auch die Wirksamkeit überprüfen. Sehr gestört hat mich die Aussage der Sprecherin der FDP.Die Liberalen-Fraktion. Sie hat gesagt, dass Kürzungsanträge quer in der Landschaft stehen würden. Wir haben ein Minus von 100 Millionen Franken. Weiter haben wir von Urs Huber gehört, dass jeder, der gegen eine Erhöhung um 22 Millionen Franken ist, keine Ahnung hat. Das finde ich unanständig, weil man gegen eine Erhöhung sein und trotzdem eine Ahnung haben kann. Man kann auch für eine Erhöhung sein und keine Ahnung haben. So gesehen macht es sich Urs Huber ein wenig einfach. Die FDP.Die Liberalen haben die 1:85-Initiative lanciert. Im Moment ist das Verhältnis 1:81. Wenn ich gestern und heute rekapituliere, so hat die FDP.Die Liberalen-Fraktion dem Zusatzkredit für eine 50 %-ige Erhöhung eines Globalbudgets zugestimmt. Eine Senkung im Steuerwesen um 1 % hat sie abgelehnt. Sie stimmt den Erhöhungen während der Woche zu und am Sonntag betet sie für eine tiefere Staatsquote. Das müssen Sie der Bevölkerung erklären. Wir haben einen Antrag auf eine leichte Reduktion von 1 % gestellt. Das ist kein Sparen, sondern es ist eine Abfederung der Maximalvariante. Das kann man auch mit einer Staffelung machen. Es wurde argumentiert, dass die Löhne schlecht sind und man Schichtarbeit leisten muss. Aber auch wenn wir das Geld sprechen, bleiben die Nachteile. Wir sprechen hier nicht über eine Lohnerhöhung. Diese Argumente kann ich nicht gelten lassen. Mit einer Staffelung kann man noch immer genau das Gleiche machen, aber wirksamer und effizienter. Das Wort Effizienz braucht die FDP.Die Liberalen-Fraktion auch sehr gerne. Man kann sich überlegen, was man mehr und was weniger macht. Dieses Budget macht mehr als 10 % des gesamten Budgets des Kantons aus. Wenn wir dann über die Initiative reden, möchte ich von der FDP.Die Liberalen-Fraktion gerne wissen, wie sie die Erhöhungen, denen sie gestern und heute zugestimmt hat, mit den Stellen wieder kompensieren will.

*Nadine Vögeli (SP).* Ich weiss nicht, welches Interview Matthias Borner gelesen hat. Es war definitiv nicht das von mir, weil ich dort nichts davon gesagt habe, dass die Polizisten und Polizistinnen, die aufgestockt wurden, nur Administration machen. Langsam erschliesst sich mir, warum wir bei den Pisa-Studien so schlecht abschliessen, wenn Aussagen offenbar derart missinterpretiert oder anders dargestellt werden. Zu den angesprochenen Bussen kann ich anmerken, dass es nicht Polizisten und Polizistin-

nen sind, die Bussen verteilen, sondern es sind polizeiliche Sicherheitsassistenten und -assistentinnen. Hier sind wir gut aufgestellt. Nicht alle Kantone haben Sicherheitsassistenten. In anderen Kantonen werden diese Aufgaben wirklich von Polizisten und Polizistinnen übernommen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran, weil wir auch hier schlanker aufgestellt sind. Es ist richtig, dass die Administration aufwendig ist und diese ist durch die Gesetzgebung gegeben. Das können wir nicht ändern. Natürlich reden wir hier nicht über eine Lohnerhöhung, aber wenn die Arbeitsbedingungen auch durch das knappe Personal so schlecht sind, muss man einen Schritt machen. Ich hoffe sehr, dass wir diesen heute machen und gegenüber den Korpsmitarbeitenden ein Zeichen setzen können.

*Beat Künzli (SVP).* Die Voten, die von der linken Seite kommen, grenzen stark an eine extreme Anschuldigung an unsere Seite. Vielleicht wäre es am letzten Tag der Kantonsratspräsidentin angebracht gewesen, masszuregeln. Ich nehme die Entschuldigung von Urs Huber aber selbstverständlich an. Ich danke ihm dafür. Es mag sein, dass ich das Globalbudget, das sehr juristisch geschrieben ist, nicht ganz verstanden habe. Ich habe aber den Eindruck, dass er mein sehr einfach formuliertes Votum nicht verstanden hat. Dafür habe ich wiederum fast gar kein Verständnis. Ich wiederhole gerne nochmals ein oder zwei Punkte, damit es wirklich ankommt. Die SVP-Fraktion steht für einen sicheren Kanton und für eine schlagkräftige Polizei ein. Das haben wir nie in Abrede gestellt. Wir haben auch nie verlangt, dass die Stellen bei der Polizei abgebaut werden, so wie uns das Urs Huber vorhin unterstellt hat. Das habe ich in meinem Votum mit keinem Wort erwähnt. Wenn wir eine Kürzung des Globalbudgets verlangen, so ist es gemäss der wirkungsorientierten Verwaltungsführung Sache des Regierungsrats und der Verwaltung zu entscheiden, wo gekürzt wird. Ich habe klar gesagt, dass wir sehen, dass die Dienstleistungen gestrichen werden, wenn man das Globalbudget genau anschaut und in den Details die einzelnen Punkte herausstreicht. Also muss es in dem Globalbudget Luft geben und so sagen wir, dass es möglich ist, aus diesem Globalbudget einen gewissen Betrag - und zwar einen sehr moderaten Betrag - herauszustreichen, ohne dass das Polizeikorps darunter leidet. Das wollten wir hier kundtun und das ist auch der Grund unseres Kürzungsantrags. Auch ich möchte anmerken, dass ich das Votum der Sprecherin der FDP.Die Liberalen-Fraktion im Hinblick auf die 1:85-Initiative gar nicht verstehen kann. Wenn Sie diese durchbringen wollen, müssen Sie sich am Riemen reissen. Ansonsten ist es nur noch unglaublich.

*Markus Spielmann (FDP).* Es wurden einige Steilpässe geliefert und ich möchte den Ball gerne aufnehmen und Volley zurückspielen, ohne die Debatte zur 1:85-Initiative schon heute führen zu wollen. Das hätte keinen Platz mehr. Eine Vorbemerkung zur Debattenkultur: Der Fraktionschef der SVP hat es bereits angesprochen und ich möchte es kurz bekräftigen. Wir haben einander nun dreimal - zweimal in Form von Vorwürfen und einmal in Form einer Feststellung - vorgeworfen, dass man Vorlagen nicht verstanden habe, weil man nicht lesen oder das Gelesene nicht verstehen kann. Ich bin mir in meinem Beruf gewohnt zu streiten und ich sage immer das Gleiche: Wenn jemand von der Sachebene auf die persönliche Ebene wechseln muss, ist er wahrscheinlich am Ende seiner Argumente. Ich möchte beliebt machen, dass wir hier eine Debattenkultur pflegen, die auf der Sachebene und nicht auf der persönlichen Ebene stattfindet. Wenn die Sachebene verlassen wird, sollte das Präsidium auch einmal intervenieren. Zur 1:85-Initiative respektive zu den Vorwürfen von Seiten der SVP-Fraktion: Ich möchte festhalten, dass es zu grössten Teilen die FDP.Die Liberalen-Fraktion war, die bei den Globalbudgets Kürzungsanträge gestellt hat, und das in einer Art und Weise, dass sie mehrheitsfähig waren und auch beim Regierungsrat Rückhalt gefunden haben. Sie sind sachlich begründet und auch durchführbar. Bei der 1:85-Initiative ist es nicht die Idee, mit dem Rasenmäher über die Globalbudgets zu fahren und überall zu kürzen. Sondern es soll mit Bedacht ein Staatswesen aufgebaut werden, das kundenorientiert und effizient ist. Das heisst aber nicht, dass die Ressourcen dort, wo sie gebraucht werden, nicht auch aufgebaut werden können. Das ist nachgewiesenermassen ein Thema im Sicherheitsbereich. Wie Urs Huber gesagt hat, gibt die Strafprozessordnung tatsächlich viel mehr zu tun. Wir schauen es vielleicht aus einer anderen Perspektive an. Zum Teil ist es auch berechtigterweise zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen, aber es ist einfach ein Fakt. Das heisst aber nicht, dass man überall ausbauen muss. Wir wollen dem Kantonsrat ein Instrument geben, um mit Bedacht planen zu können. Sie können sich das nun für die nächste Woche durch den Kopf gehen lassen. Es ist ein schlaues Instrument, das uns 100 Kantonsräten und Kantonsrätinnen einen Hebel gibt, um reagieren zu können. Das gilt für die Debatte, die wir jetzt zur Polizei führen. Es gilt aber auch für alle anderen Globalbudgets, die wir verabschiedet haben, dies durchaus im Sinne der FDP.Die Liberalen-Fraktion.

*Christian Thalmann (FDP).* Ich möchte die Debatte nicht verlängern, muss aber doch noch etwas sagen. Ich bin Vorsitzender des Ausschusses des DDI, der die Bereiche Gesundheit, Soziales und Polizei beinhaltet. Wir machen unsere Aufgabe seriös und tiefgründig. Bei der letzten Globalbudgetperiode haben wir

eine Kürzung empfohlen. Bei diesem neuen Globalbudget haben wir in der Tat mehr Stellen und diese machen 2,7 Millionen Franken aus. Der Sachaufwand macht 6,5 Millionen Franken. Weiter gibt es Mindererträge von 2,9 Millionen Franken. Das muss man in ein Verhältnis setzen. Wir haben das neue Globalbudget durchleuchtet und es ist begründet. Die Vorwürfe finde ich nicht korrekt. Man sollte sachlich bleiben.

*Susanne Schaffner (Vorsteherin des Departements des Innern).* Ich bin froh, dass wir wieder auf die Sachebene zurückgekehrt sind. Vielleicht haben wir das Problem, dass bei diesem Geschäft nicht immer von der gleichen Sache gesprochen wird. Alle haben etwas sachlich Richtiges gesagt, aber man hat nicht verstanden, in welcher Sache wir uns bewegen. In diesem Globalbudget gibt es drei Aspekte. Der eine Aspekt ist die gerichtspolizeiliche Tätigkeit. Das wurde von den Sprechern der FDP, der Liberalen-Fraktion und der Fraktion SP/Junge SP ausgeführt. Dieser Aufwand ist enorm gestiegen und fremdbestimmt. In den letzten drei Jahren wollte man die Strafprozessordnung revidieren. Das ist auf Bundesebene leider nicht gelungen und hat dazu geführt, dass der Aufwand für die Aufklärung der Delikte - also dort, wo die Polizei für die Staatsanwaltschaft arbeitet und die Befragungen macht - durch die Revision nicht vermindert wurde, sondern dass er noch grösser geworden ist. Das braucht viele Ressourcen, mehr als man erwartet hat. Die Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz hat das aufgelistet und aufgezeigt. Den zweiten Bereich hat André Wyss erwähnt und auch ich wollte etwas dazu sagen. In der letzten Session haben wir über die Themen gesprochen, die uns allen hier im Saal wichtig sind, nämlich die öffentliche Sicherheit, die Sicherheit unserer Bevölkerung, die Bekämpfung der Kriminalität und die Bekämpfung der strukturierten Kriminalität. Dafür braucht es Präsenz, Polizeikräfte und genügend Ressourcen, weil wir die Kosten sonst an anderen Orten haben. Die Kriminalität wirkt sich auf Bereiche aus, die uns viel mehr Kosten verursachen. Deshalb bin ich froh, dass die Mehrheit hier im Saal erkennt, wie die drei Bereiche zusammenspielen und wie wichtig es ist, dass wir das Globalbudget wie vorliegend verabschieden können, so wie das die Justizkommission und die Finanzkommission gemacht haben. Der dritte Bereich, den ich vorhin nicht erwähnt habe, ist der Sachaufwand. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP hat argumentiert, dass man das Personal zwar aufstocken könne, den Mehraufwand aber an einem anderen Ort einsparen soll. Der grösste Teil des Sachaufwands sind aber Abschreibungen und ich sehe nicht, wie wir diese einsparen sollten. Weiter ist es der IT-Aufwand mit den Lizenzen, die wir bereits haben und es ist beispielsweise der Ersatz von Helmen oder Waffen. Ohne das kann die Polizei gar nicht funktionieren. Zum Argument der SVP-Fraktion in Bezug auf die Mindererträge: Vor der Übernahme hat die Stadtpolizei Grenchen etwas an die IT gezahlt. Nun macht die Kapo die Arbeit in Grenchen, der Aufwand ist jedoch der gleiche bleiben. Aber dieser kann nicht mehr verrechnet werden. Hier ist der Sachaufwand, der vorher entschädigt wurde, wieder zum Kanton zurückgekommen. Auch die Leistungsvereinbarung mit dem ASTRA, die gekürzt wurde, können wir nicht beeinflussen und auch hier können wir keine Einsparungen vornehmen. Der Personalaufwand ist der gleiche, aber es gibt weniger Geld. Ich bitte Sie, dem Globalbudget zuzustimmen und die Anträge abzulehnen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten ist und wir kommen zur Detailberatung. Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Zu Ziffer 2. liegen zwei Anträge vor. Wir kommen zur Bereinigung und stellen sie einander gegenüber. Den obsiegenden Antrag stellen wir anschliessend dem Antrag des Regierungsrats gegenüber.

Antrag von Nadine Vögeli (SP, Hägendorf):

Ziffer 2 soll lauten:

Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 283'480'000 Franken beschlossen.

Antrag der SVP-Fraktion:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 280'000'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 27]

Für den Antrag Nadine Vögeli (SP, Härkingen)	36 Stimmen
Für den Antrag der SVP-Fraktion	46 Stimmen
Enthaltungen	8 Stimmen

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 28]

Für den Antrag der SVP-Fraktion	28 Stimmen
Für den Beschlussesentwurf des Regierungsrats	64 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ziffern 3. und 4. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 29]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	72 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Wir fahren weiter mit Kapitel 8, Volkswirtschaftsdepartement (VWD), auf Seite 309. Dieses umfasst die Finanzgrössen und folgende Globalbudgets: «Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenbeziehungen und Stiftungsaufsicht», «Wirtschaft und Arbeit» mit einem neuen Globalbudget, «Energie und Klima» mit einem neuen Globalbudget, «Gemeinden und Zivilstandsdienst», «Wald, Jagd und Fischerei», «Landwirtschaft» mit einem neuen Globalbudget und «Militär und Bevölkerungsschutz». Die Finanzgrössen sind auf Seite 311 ersichtlich. Ich stelle fest, dass es dazu keine Bemerkungen gibt. Hier gibt es eine Anpassung beim Finanzausgleich EG, Anpassung Staatsbeitrag FILA gemäss Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023. Diesem hat der Regierungsrat am 5. Dezember 2023 zugestimmt und der Antrag ist somit unbestritten. Das laufende Globalbudget «Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenbeziehungen und Stiftungsaufsicht» befindet sich auf Seite 320. Es scheint keine Wortmeldungen dazu zu geben.

SGB 0214/2023

Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» für die Jahre 2024 bis 2026

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 26. September 2023:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1595), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» werden für die Jahre 2024 bis 2026 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
  - 1.1 Produktgruppe 1: Kontrolle Arbeitsbedingungen
    - 1.1.1 Gewährleistung des Schutzes der Gesundheit und der Persönlichkeit der Arbeitnehmenden
    - 1.1.2 Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
    - 1.1.3 Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen
    - 1.1.4 Kundenfreundlicher Vollzug der Gewerbegesetzgebung

- 1.1.5 Gewährleistung der Messsicherheit zum Schutz von Mensch und Umwelt
  - 1.2 Produktegruppe 2: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
    - 1.2.1 Bekämpfung und Verhütung von Arbeitslosigkeit
  - 2. Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 2'096'000 Franken beschlossen.
  - 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
  - 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission vom 9. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2023 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- d) Antrag der Fraktion FDP.Die Liberalen vom 8. Dezember 2023:  
Ziffer 2. soll lauten:  
Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 1'496'000 Franken beschlossen.

#### Eintretensfrage

*Kuno Gasser (Die Mitte)*, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission hat das neue Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» für die Globalbudgetperiode 2024 bis 2026 beraten. Der vorliegende Entwurf ist nicht mit den Vorjahren vergleichbar, weil die Standortförderung neu im Departementssekretariat des Volkswirtschaftsdepartements (VWD) angesiedelt ist. Dadurch sinkt der Globalbudgetsaldo von 9 Millionen Franken um 6,9 Millionen Franken auf 2,1 Millionen Franken. Das Globalbudget wird neu in zwei Produktegruppen zusammengefasst. Die erste Produktegruppe ist die Kontrolle der Arbeitsbedingungen, die zweite sind die Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Zu Veränderungen kommt es in der ersten Produktegruppe. In den Richtlinien des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) über die Mindestanzahl von Aufsichtspersonen bei den kantonalen Arbeitsinspektoraten vom 28. Februar 2022 wird den Kantonen der jeweilige Richtwert der Anzahl der Aufsichtspersonen vorgegeben. Dieser Richtwert entspricht dem Minimum. Für den Kanton Solothurn beträgt dieser 4,3 Vollzeitstellen. Derzeit stehen aber nur drei Stellen für den Vollzug des Arbeitsgesetzes zur Verfügung. Deshalb wird beantragt, 1,5 zusätzliche Stellen zu bewilligen. 0,2 Stellen sind für die administrative Entlastung der Arbeitsinspektoren vorgesehen. Zurzeit erhält der Kanton Solothurn einen Finanzierungsbeitrag von 176'000 Franken für das Arbeitsinspektorat vom SECO. Wenn die aktuell geforderte Anzahl von Kontrollen durchgeführt werden kann, steigen die Bundesbeiträge auf 332'000 Franken. Daher kommt das Begehren um Aufstockung von 1,5 Stellen. Das zweite Begehren kommt aus dem Eichamt. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für den Vollzug und die Aufsicht über das Messwesen zuständig. Die Oberaufsicht liegt beim Eidgenössischen Institut für Metrologie. Dieses hat mit Schreiben vom 2. Mai 2023 festgehalten, dass die Vollzugsquote im Kanton Solothurn deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Bei den Messmitteln sind wir auf dem zweitletzten Rang und bei der Kontrolle für Fertigpackungen auf dem letzten Rang. Die Eichmeisterin liegt mit der Prüfung der vorhandenen Messmittel erheblich im Rückstand. Das Eidgenössische Institut für Metrologie geht davon aus, dass durchschnittlich 1317 Prüfungen von Messmitteln pro Eichmeister geleistet werden können. Der Kanton Solothurn sollte 2440 Prüfungen pro Jahr vornehmen. In einem Audit vom 27. Mai 2021 wurde festgestellt, dass wir nicht konform sind und dass eine Stellvertreterregelung eingeführt werden muss. In der Zwischenzeit haben Abklärungen mit anderen Kantonen ergeben, dass diese die Stellvertretung nicht gewährleisten können und dass man eine eigene Lösung finden muss. Daher wird der Antrag gestellt, für das Eichamt zusätzlich 0,5 Stellen zu schaffen. In der Kommission haben wir erfahren, dass es in der ganzen Schweiz nur rund 60 Eichmeister gibt und dass der Kanton Solothurn der einzige Kanton ist, der eine Eichmeisterin hat. Zur Finanzierung dieser halben Stelle kann gesagt werden, dass sich das Eichamt durch Gebühren eigenfinanziert. Man muss aber auch erwähnen, dass ein zusätzliches Fahrzeug angeschafft werden muss. Dafür wurden 55'000 Franken budgetiert. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission empfiehlt dem Rat mit 12:0 Stimmen die Zustimmung zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats. Ich gebe bekannt, dass die Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP dem Beschlussesentwurf zustimmen wird.

*Myriam Frey Schär (Grüne).* Die Grüne Fraktion ist mit dem Inhalt und dem Umfang dieses Globalbudgets einverstanden. Die Funktionen, die aufgeführt sind, sind wichtig. Insbesondere der Schutz der Arbeitnehmenden, aber auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind zentrale Aufgaben, die man aus unserer Sicht keinesfalls schwächen sollte. Aus diesem Grund sind wir gegen den Kürzungsantrag der FDP. Die Liberalen-Fraktion. Das Eichmeisteramt ist gemäss der Verwaltung durch die Gebühren selber finanziert und deshalb gehe ich nicht weiter darauf ein. Zum Arbeitsinspektorat wiederum haben wir eine klare Meinung. Die FDP. Die Liberalen-Fraktion argumentiert, dass wir unsere Firmen auch ein bisschen weniger kontrollieren könnten, weil sie ein grosses intrinsisches Interesse haben, die notwendigen Standards einzuhalten. Das ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, aber es ist auch nicht das einzige intrinsische Interesse, das eine Firma haben kann. Sie möchte vielleicht auch ihre Gewinne maximieren und manchmal kollidieren diese beiden Dinge offenbar miteinander. Dass die resultierende Abwägung zwischen diesen beiden Interessen nicht immer zugunsten der Belegschaft ausfällt, ist kein Geheimnis. Firmen, die gegen geltendes Arbeitsrecht verstossen, sind aber nicht immer nur schwarze Schafe, die sich um die Regeln foutieren. Das heisst, dass diejenigen, die man erwischt, hin und wieder Baufirmen mit obskuren Unterakkordanten oder Barbershops mit löcherigen Arbeitsverträgen sind, aber nicht nur. Verstösse können aus Unkenntnis passieren. Die betreffenden Firmen können ihre Versäumnisse nach einer erfolgten Kontrolle berichtigen. Wir möchten die Arbeitnehmenden im Kanton so gut, wie es irgendwie geht, vor Verstössen gegen arbeitsrechtliche Standards schützen. Und ohne die Solothurner Firmen unter Generalverdacht zu stellen - nichts liegt mir ferner - finden wir es nicht wirklich zielführend, die entsprechende Kontrollfunktion zumindest teilweise an die Institutionen zu delegieren, die solche Verstösse letztlich verantworten. Wie gesagt sind wir gegen den Antrag.

*Daniel Probst (FDP).* Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beschränke ich mich auf die Begründung unseres Antrags. Wir haben diesen bereits in der Finanzkommission gestellt, wo er so knapp wie möglich abgelehnt wurde. Wir sehen in diesem Budget ein Einsparpotential von 600'000 Franken. Wir sind der Meinung, dass in Bezug auf den Ausbau der Eichmeisterkapazitäten auf eine Stellvertretung verzichtet werden kann. Es gibt bereits jetzt viele Kantone, die keine Stellvertretung haben und diese mit einer externen Lösung organisieren können. Im Bereich des Arbeitsinspektorats haben wir soeben Gegenargumente gehört. Dort ist es tatsächlich so, dass die Firmen ein eigenes Interesse haben, dass sie die Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzvorgaben einhalten. Sie haben kein Interesse daran, dass sich Mitarbeitende verletzen und ausfallen. Schon jetzt haben wir einen Fachkräftemangel und man schaut für die eigenen Leute. Die Mitarbeitenden sind das höchste Gut. Ich führe selber zwei kleine Schweizer Branchenverbände und erlebe tagtäglich, wie das dort funktioniert. Es ist wirklich so, dass ein intrinsisches Interesse besteht und man das Bestmögliche für die Mitarbeitenden macht. Die Vorgabe des SECO ist eine Vorgabe auf Papier. Realisieren wir das Sparpotential, haben wir dadurch keinen schlechteren Gesundheits- und Arbeitsschutz in unserem Kanton. Ich hoffe, dass Sie unserem Kürzungsantrag zustimmen können. Hier ist eine Kürzung möglich.

*Brigit Wyss (Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements).* Zum Antrag zum Arbeitsinspektorat: Es ist richtig, was gesagt wurde, aber die Unternehmen sind auch in der Pflicht und wir können sie oftmals unterstützen. Es ist im Interesse der Arbeitnehmenden und der Unternehmungen, nämlich dann, wenn es um Prävention geht. Es können Anfragen gemacht werden, bevor etwas passiert. Es ist ein wichtiger Bereich. Das Ziel, das wir mit der Leistungsvereinbarung mit dem SECO haben, können wir heute nicht einhalten. Wir möchten es aber gerne erreichen können. Zur Stellvertretung der Eichmeisterin: Auch hier ist richtig, was gesagt wurde. Auch andere Kantone haben Probleme mit der Stellvertretung. Wir hatten bereits bei der Ausschreibung Probleme, indem wir in der Privatwirtschaft niemanden mehr gefunden haben, der das übernehmen wollte. Entsprechend schwierig wäre es, eine Stellvertretung irgendwie anders organisieren zu können. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrats und der Finanzkommission zu folgen.

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Für das Protokoll halte ich fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* Zu Ziffer 2. liegt der Antrag der FDP. Die Liberalen-Fraktion vor.

Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2024 bis 2026 ein Verpflichtungskredit von 1'496'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 30]

Für den Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion	38 Stimmen
Dagegen	49 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ziffern 3. und 4. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 31]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	71 Stimmen
Dagegen	19 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

*Susanne Koch Hauser (Die Mitte), Präsidentin.* In Absprache mit diversen Stellen, insbesondere mit dem Finanzdepartement und mit Frau Landammann Brigit Wyss als Vertretung des Regierungsrats, unterbrechen wir die Sitzung jetzt. Das hat zur Folge, dass der bereinigte Beschlussesentwurf nächsten Mittwoch erst nach der Pause vorliegen wird. Wir haben noch zwei Globalbudgets und den Zusatzkredit infolge der Teuerung zu besprechen. Das Finanzdepartement wird das nacharbeiten und wir werden die Schlussabstimmung am 20. Dezember 2023 nach der Pause durchführen. Ich frage an, ob jemand nicht damit einverstanden ist. Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist. Zum Schluss informiere ich Sie darüber, dass Rea Eng-Meister heute zum letzten Mal in diesem Jahr anwesend ist. Danach wird sie sich auf das Mutterwerden vorbereiten. Wir wünschen ihr und ihrer Familie alles Gute. Die Sitzung ist für heute geschlossen. Ich freue mich auf die Feier heute Abend.

Schluss der Sitzung um 12:30 Uhr